

Mitteilung des Senats vom 18. März 2020

Integriertes Struktur- und Entwicklungskonzept Bremen-Nord – wo bleiben die konkreten Maßnahmen?“

Die Fraktion der CDU hat unter Drucksache 20/79 S eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet.

Am 5. Februar 2019 hat der Bremer Senat das Integrierte Struktur- und Entwicklungskonzept für Bremen-Nord (ISEK) verabschiedet. Dieses beinhaltet viele, bereits seit Jahren bekannte Probleme und Herausforderungen der Bremen-Norder Stadtteile Blumenthal, Vegesack und Burglesum. So kommen auf 100 Einwohner nur 19 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, während das übrige bremische Stadtgebiet 54 Arbeitsplätze auf 100 Einwohner vorweisen kann. Hinzu kommen die enormen sozialpolitischen Herausforderungen mit einer großen Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit hohem Armutsrisiko. Aufgrund fehlender öffentlicher Investitionen hat sich diese schlechte Bilanz nicht verbessert, ein deutlicher Anstieg von neuen Arbeitsplätzen konnte in den vergangenen Jahren nicht verzeichnet werden. Auch in den Bereichen Kitas und Schulen lassen bedeutende Verbesserungen einer verfehlten Bedarfsplanung auf sich warten. Der Senat hat am 5. Februar 2019 nicht nur das ISEK verabschiedet, sondern alle Ressorts aufgefordert, Ende des Jahres 2019 eine konkrete Zeit- und Maßnahmenplanung für die jeweiligen ihrer Zuständigkeitsbereiche zu erarbeiten. Bis zum heutigen Tage konnte keines der zuständigen Ressorts ganz konkrete Zeit- und Maßnahmenplanungen vorlegen, um Problemen der drei Stadtteile wirksam zu entgegnen. Damit das breit mit den Beiräten beratene Konzept mehr wert ist, als das Papier, auf dem es geschrieben wurde, muss der Senat endlich konkrete Maßnahmen vorstellen.

Der Senat beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:

Der Senat hat vor dem Hintergrund der zurückliegenden Strukturumbrüche und der sich daraus ergebenden besonderen Herausforderungen auch weiterhin ein besonderes Augenmerk auf den Bremer Norden.

Grundsätzlich gilt, dass in den zurückliegenden Jahren einiges erreicht werden konnte für den Bremer Norden. Viele Vorhaben und Projekte sind bereits umgesetzt oder befinden sich in Umsetzung. Bei der Darlegung der Aktivitäten des Senats beziehungsweise bei der Beantwortung der Fragen gilt es einerseits zu unterscheiden, ob die Maßnahmen und Projekte den Norden insgesamt betreffen oder einzelne Stadtteile und Quartiere, und andererseits ist der jeweilige Umsetzungsstand zu benennen.

- 1. Welche konkreten Maßnahmen des ISEK wurden von den einzelnen Senatsressorts bereits in ihre Planungen aufgenommen (bitte alle im ISEK genannten Maßnahmen den zuständigen Ressorts zuordnen und mit einem Zeit-/Maßnahmenplan versehen)?**
- 2. In welchem Umsetzungsstand befinden sich die einzelnen Maßnahmen?**

3. **Welche dieser Maßnahmen sind aus dem laufenden Haushalt finanziell abgesichert? Bei welchen dieser Maßnahmen bedarf es einer Anschlussfinanzierung durch den Doppelhaushalt 2020/2021? Inwiefern ist eine Anschlussfinanzierung für bereits geplante Maßnahmen vorgesehen?**
4. **Welche Maßnahmen des ISEK werden in die kommenden Haushaltsberatungen einfließen (bitte alle Maßnahmen aus Frage 1 mit einem Finanzierungsplan versehen)?**

Der Senat beantwortet die Fragen 1 bis 4 zusammenfassend wie folgt:

Die folgenden, unter Ziffer I dargestellten Projekte beziehungsweise Maßnahmen sind aus der Sicht des Senats den gesamten Norden betreffenden Schlüsselprojekte, die entscheidend zur Stabilisierung und zur Verbesserung der Lage beitragen werden. Zudem gibt es die Projekte und Maßnahmen, die die einzelnen Stadtteile betreffen, und die deshalb entsprechend (II. Blumenthal, III. Vegesack, IV. Burglesum) gegliedert sind.

Hinsichtlich der Finanzierung wird allgemein darauf hingewiesen, dass sämtliche Maßnahmen, auch die bereits beschlossenen, unter dem Vorbehalt der entsprechenden Beschlussfassung durch die Bürgerschaft zum Haushalt 2020/2021 stehen, es sei denn, zu einzelnen Projekten beziehungsweise Programmen wird ausdrücklich eine andere Finanzierung aufgezeigt.

I. Der Bremer Norden insgesamt

1. Freizeit- und Naherholung

(ISEK Nummer 5.2; zuständiges Ressort: Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (SWAE))

Ein Kernpunkt zur kontinuierlichen Verbesserung der teilweise negativen Wahrnehmung des Bremer Nordens in der Öffentlichkeit ist die freizeitbezogene und touristische Vermarktung unter dem gemeinsamen Dach „Der Bremer Norden“. Diese wird im Rahmen des Freizeit- und Naherholungskonzeptes Bremen Nord seit dem Jahr 2015 stetig vorangetrieben und erweitert.

Durch die bisherige Umsetzung des Freizeit- und Naherholungskonzepts (FUNK) über die Projektstelle mit zwei Teilzeitarbeitsplätzen und weit über 30 Netzwerkpartnern gelingt es nicht nur eine umfangreiche Medienarbeit, sondern auch diverse öffentlichkeitswirksame und gut besuchte Veranstaltungen wie La Strada, Lange Nacht der Museen oder das Gartenkulturmusikfestival des Kommunalverbundes Niedersachsen-Bremen e. V. durchzuführen. Auch ein Informationspunkt im und für den Bremer Norden wurde eingerichtet.

Die Hauptzielsetzung besteht in der Förderung von Tagesausflügen in den Bremer Norden. Die Hauptzielgruppe befindet sich in räumlicher Nähe und umfasst in folgender Gewichtung Bremen-Norder, Stadtbremer/Umland, Gäste in der Region sowie zuletzt Gäste im Ferneinzug beziehungsweise mit Spezialinteressen.

Wesentliches Element ist dabei das Binnenmarketing mit dem Ziel, eine Entwicklung als Lern- und Aneignungsprozess bei den Bremer-Nordern zu erreichen, den Kooperationsgedanken bei den Leistungsträgern wiederzubeleben beziehungsweise zu vertiefen sowie in der Bevölkerung die Identifikation zu stärken und eine Willkommenskultur als Freizeitregion zu entwickeln.

Besonders in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde dabei, dass seit dem Jahr 2017 die Bremer Großveranstaltungen La Strada und die Lange Nacht der Museen auch im Bremer Norden stattfinden. Bei La Strada gab es 2019 erstmalig nicht nur auf dem früheren Gelände der Bremer Wollkämmerei unter dem Motto „La Strada entdeckt den Bremer Norden“ ein buntes und hochwertiges Programm mit Straßenkünstlern, das viel Publikum anzog, sondern in allen drei Stadtteilen, die alle auf ihre eigene Weise

bespielt wurden. Mit viel Liebe zum Detail wurde auch für die Maritime Meile und Knoop's Park ein jeweils spezielles Konzept entwickelt und umgesetzt. So wurde einmal mehr deutlich, dass man im Bremer Norden in ganz unterschiedlichen Kulissen seine Freizeit verbringen kann. Zudem wurde das Gelände der ehemaligen Bremer Wollkämmerei als Veranstaltungsort in den Fokus gerückt.

Im Rahmen der Langen Nacht der Museen wurden ebenfalls diverse Einrichtungen aus dem Bremer Norden eingebunden und Kooperationen vermittelt. Hierzu gehörten in 2018/19 unter anderem das Overbeck-Museum, der Denkort Bunker Valentin aber auch das Vegesacker Geschichtenhaus oder Schloss Schönebeck. Verbunden durch einen Shuttleservice (Bus, Schiff, Fahrrad) konnten alle teilnehmenden Einrichtungen profitieren – und vor allem die Besucher.

Ebenso war die Einrichtung und Verstetigung des Info-Points zur Informationsaneignung vor Ort im Kito eine wichtige und schon lange auch von den Akteuren vor Ort für notwendig befundene Maßnahme.

Die im ISEK unter Nummer 5.1 genannten Projektidee „Potenziale der Parks für die Imagebildung nutzen“ wurde im Rahmen des Freizeit- und Naherholungskonzepts Bremen-Nord unter anderem mit der Veröffentlichung der Broschüre „Grüner wird's nicht – Parks, Gärten und Landschaften“ bereits im Jahr 2018 aufgegriffen und umgesetzt. Im Jahr 2019 wurde dann das Thema Wassersport in den Fokus gerückt. Gemeinsam mit verschiedenen Akteuren aus dem Bremer Norden entstand so die Broschüre „Mach mal blau – Wassersport im Norden“.

Überregional ist der Bremer Norden inzwischen zudem durch die Arbeit der Projektkoordinatorin in das Gartenkultur-Musikfest des Kommunalverbundes Niedersachsen–Bremen e. V. erfolgreich eingebunden.

Sowohl zur Erarbeitung als auch zur Umsetzung des Konzepts und der Maßnahmen wurde unter anderem aus verschiedenen Akteuren aus dem Bremer Norden, der WFB und SWAH bereits zu Beginn des Projekts eine Begleitgruppe eingerichtet. Aus der Begleitgruppe heraus sind seitdem verschiedene Arbeitsgruppen (unter anderem AG Maritime Wasserkante – Wassersport, AG Parks und Gärten) entstanden, die zur Verwirklichung des Konzepts bedarfsgerecht zusammenkommen und mit umfangreichem Fachwissen begleiten, um gemeinsam weitere Angebote und Maßnahmen zu erarbeiten.

Um diese erfolgreiche Arbeit für die kommenden Jahre abzusichern, wurde die Finanzierung des Projektes bereits Ende 2019 für die Jahre 2020/2021 geregelt. Darüber hinaus sollen die bisherigen Aktivitäten evaluiert und Aktualisierungsbedarfe gemeinsam mit verschiedenen Akteuren vor Ort definiert werden. Durch Beschlüsse des Senats, der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit sowie des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses wurden hierfür Mittel in Höhe von insgesamt 306 000 Euro für die Jahre 2020 bis 2021 bereitgestellt.

2. Gewerbeflächen

(ISEK Nummer 5.1.1.1., zuständiges Ressort: SWAE)

Die Stärkung des Bremer Nordens als Standort für die gewerbliche Entwicklung war und ist nach wie vor eine wesentliche Zielsetzung. Bislang sind mit Blick auf geeignete Flächen insbesondere die Schwerpunktprojekte des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms 2020 (GEP 2020) zu nennen. Der Fokus lag dabei bisher auf der Weiterentwicklung und Qualifizierung der Gewerbegebiete Bremer-Wollkämmerei (BWK), Steindamm sowie des Bremer Industrie-Parks.

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa stellt aktuell das Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 auf. Die Neuaufstellung erfolgt erstmalig in einem partizipativen Prozess, gemeinsam mit den Leistungsträgern der

Wirtschaft und unter Beteiligung der Fachöffentlichkeit sowie den relevanten Ressorts. Hierbei sollen die zukünftigen Herausforderungen für die strategische Gewerbeflächenentwicklung Berücksichtigung finden.

Schwerpunkte des neuen Gewerbeentwicklungsprogramms sind neben der Neuerschließung von Gewerbeflächen die Bestandsentwicklung. Hier muss ein Augenmerk auf die Weiterentwicklung von Bremer Unternehmen, die Sicherung von guten Arbeitsplätzen und die Qualitätssteigerung bestehender Gewerbegebiete gelegt werden. Gleichzeitig soll es um die Steigerung der Flächeneffizienz gehen. Die Erweiterungsmöglichkeiten vieler Gebiete sind begrenzt, daher sind Möglichkeiten der Nachverdichtung und einer effizienteren Flächennutzung aufzuzeigen.

Klare und konkrete Aussagen im neuen GEP 2030 sollen die Basis für die Bereitstellung der richtigen Flächen und deren schnellen Aktivierung darstellen.

Auch die Gewerbeflächen im Bremer Norden werden in diesem Zusammenhang hinsichtlich ihrer zukünftigen Ausrichtung betrachtet. Hierbei wird voraussichtlich weiterhin der Weiterentwicklung der Gewerbebestände BWK, Steindamm und Bremer Industrie-Park eine besondere Bedeutung beizumessen sein.

Erste Ergebnisse dieses komplexen Prozesses sollen im Sommer 2020 mit der Fachöffentlichkeit rückgekoppelt werden. Im Anschluss daran ist die Vorstellung und Beratung der Ergebnisse in den Ortsbeiräten vorgesehen.

3. Arbeitsmarktpolitik

(ISEK Nummer 5.1.1.2.; zuständiges Ressort: SWAE)

Bezeichnung:

Landesprogramm „Perspektive Arbeit – LAZLO“

Beschreibung:

Durch das Programm LAZLO werden öffentlich geförderte Stellen für langzeitarbeitslose Menschen oder Menschen im Langzeitleistungsbezug geschaffen. Stellen sind unter anderem beim Sportverein Grambke-Oslebshausen, dem Arbeits- und Lernzentrum und dem Haus der Zukunft entstanden. Neben den Lohnkosten der Personen werden auch die Anleitung und die sozialpädagogische Begleitung gefördert. Ziele sind die soziale Teilhabe der Menschen sowie ein Übergang in ungeforderte Beschäftigung. Da der Einsatz häufig bei gemeinnützigen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern durch gemeinnützige Tätigkeiten stattfindet, profitiert auch der Stadtteil.

Stand:

Nach dem Senatsbeschluss in 2016 hat das Programm 2017 mit dem Ziel von 500 geförderten Stellen begonnen (für das Land Bremen insgesamt). 2019 wurde ein Ausbau auf 1 500 geförderte Stellen beschlossen. Im Januar 2020 sind 1 037 Stellen besetzt.

Finanzierung:

Die Finanzierung ist gesichert. Die Stellen werden gemeinsam vom Jobcenter und SWAE gefördert. Der Anteil von SWAE ist im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse des Senats vom 1. Oktober 2019 und 18. Februar 2020 gesichert.

Bezeichnung:

Landesprogramm „Perspektive Arbeit – Saubere Stadt“ (PASS)

Beschreibung:

Durch das Programm PASS werden öffentlich geförderte Stellen für langzeitarbeitslose Menschen oder Menschen im Langzeitleistungsbezug geschaffen. Stellen sind beim Arbeits- und Lernzentrum und bei bras e. V. entstanden. Neben den Lohnkosten der Personen werden auch die Anleitung und die sozialpädagogische Begleitung gefördert. Ziele sind die soziale Teilhabe der Menschen sowie ein Übergang in ungeforderte Beschäftigung. Im Programm werden Projekte, die der Stadtreinigung dienen, gefördert.

Stand:

Nach dem Senatsbeschluss in 2017 hat das Programm 2018 mit dem Ziel von 160 geförderten Stellen begonnen (für das Land Bremen insgesamt). Es konnten 166 Plätze besetzt werden. Die Arbeitsverträge wurden auf insgesamt 24 Monate verlängert. Danach wird das Programm in das Programm LAZLO (siehe oben) übergehen.

Finanzierung:

Die Finanzierung ist im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse des Senats vom 1. Oktober 2019 und 18. Februar 2020 gesichert.

Bezeichnung:

„Umweltwächter“

Beschreibung:

2018 wurden bei der Senatskanzlei 15 geförderte Stellen geschaffen, um langzeitarbeitslose Menschen als „Umweltwächter“ einzustellen. Jeweils fünf von ihnen wurden den drei Nordbremer Ortsamtsleitungen zugeordnet. Ihre Aufgabe ist, in den Stadtteilen qualitativ oder quantitativ zu den offiziell Zuständigen eine zusätzliche Stadtreinigung vorzunehmen.

Stand:

Das Projekt wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Als Arbeitgeber fungiert nun der Senator für Finanzen. Die Stellen bleiben noch weitere drei Jahre bestehen.

Finanzierung:

Die Finanzierung erfolgt vor allem über das Jobcenter Bremen. Die Mittel hierfür stehen bereit. Die zusätzliche Finanzierung durch SWAE ist gesichert (siehe oben).

Bezeichnung:

„Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ (LOS)

Beschreibung:

Diese lokalen Kleinstprojekte sollen soziale und beschäftigungswirksame Potenziale vor Ort aktivieren und benachteiligte Zielgruppen über den Einstieg in niedrigschwellige lokale Angebote weiterführende Integrationschritte ermöglichen.

In Bremen-Nord bieten zurzeit zwei Dozentinnen zahlreiche Sprach- und künstlerische Kurse unter anderem in Blumenthal, Lüssum (Haus der Zukunft) und der Grohner Düne an. Die Kurse wenden sich mit ihren niedrigschwelligen Angeboten an langzeitarbeitslose und/oder migrantische Frauen und Geflüchtete. Auch über künstlerische Wege (zum Beispiel „Kostümkunst“, „Alle Portraits sind farbig“) werden dabei nicht nur deutsche Sprachkenntnisse, sondern auch viele praktische Fertigkeiten (zum Beispiel Nähen, Backen, Rezepte schreiben und drucken) vermittelt. Gleichzeitig bieten diese Kurse zahlreiche Kontaktmöglichkeiten, um aus einer sozialen Isolation herauszufinden.

Am Bahnhof Burg bietet die Comeback gGmbH aktuell über ein zweijähriges Projekt mit aufsuchender Straßensozialarbeit ein offenes und niedrigschwelliges Hilfsangebot für Drogengefährdete und Drogenkonsumentinnen und Drogenkonsumenten.

Stand:

Die Projekte werden von den Teilnehmenden sehr gut angenommen und sollen weiter fortgesetzt werden. Dabei werden stets aktuelle Bedarfe berücksichtigt.

Finanzierung:

Die Projekte werden aus ESF-Mitteln finanziert und sind daher nicht Teil der Haushaltsverhandlungen.

Bezeichnung:

Förderangebote des Jobcenters Bremen-Nord

Beschreibung:

Neben diesen speziellen Förderungen über Landesmittel und Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) steht auch den langzeit/arbeitslosen Personen im Bremer Norden der gesamte Jobcenter-Katalog mit Aktivierungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zur Verfügung.

Um gezielt langzeitarbeitslose Personen zu unterstützen und ihnen langfristig neue Perspektiven zu eröffnen, sind dabei – neben den neuen Instrumenten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die in den Landesprogrammen LAZLO und PASS gebündelt werden – noch zwei weitere Maßnahmen von Bedeutung: Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-Stellen oder umgangssprachlich auch „Ein-Euro-Jobs“ genannt) und das Berufliche Orientierungszentrum.

Von 1 200 Arbeitsgelegenheiten (kurz: AGH-Stellen), die das Jobcenter Bremen pro Jahr für das gesamte Stadtgebiet in der Regel plant, werden im Schnitt 200 Plätze im Bremer Norden bewilligt, davon über 100 für Vegesack und bis zu 25 für die Grohner Düne. Das Beschäftigungsprojekt „Kreativwerkstatt International“ bietet zum Beispiel mittlerweile 15 AGH-Stellen für arbeitslose Frauen direkt in der Grohner Düne. Durch qualifizierende Tätigkeiten in den Bereichen Textil und Gestaltung soll die Wiedererlangung der Beschäftigungsfähigkeit und eine langfristige Stabilisierung der Teilnehmenden gefördert werden. Die Nachfrage nach diesen Beschäftigungsmöglichkeiten ist sehr hoch, so dass die Maßnahme auch im vierten Durchgang stets ausgelastet ist.

Das „Berufliche Orientierungszentrum“ führt seit dem 2. Mai 2019 die bisherigen Angebote des „Lokalen Beschäftigungszentrums“ und des „Regionalen Förderzentrums“ im Bremer Norden gebündelt fort. Das „Berufliche Orientierungszentrum“ richtet sich an Langzeitarbeitslose, die im Rahmen der vier Monate dauernden Maßnahme bei der Integration in Arbeit unterstützt oder auch auf eine vorgesehene Umschulung oder Fortbildung vorbereitet werden. Dazu sind die Teilnehmenden drei Tage pro Woche in verschiedenen Gewerken tätig (Holz, Farbe, Metall, GaLa, Lager/Logistik, kaufmännische Berufe/Büro) und nehmen zwei Tage pro Woche, je nach Bedarf, an diversen Fördermodulen teil (Berufsorientierung, Bewerbungstraining, Förderung von Sprach- und Basiskompetenzen et cetera). Insgesamt stehen 50 Plätze zur Verfügung.

Stand:

Die Projekte werden von den Teilnehmenden sehr gut angenommen und sollen weiter fortgesetzt werden. Dabei werden aktuelle Bedarfe stets berücksichtigt.

Finanzierung:

Diese Maßnahmen werden ausschließlich über das Jobcenter Bremen finanziert.

4. Ringschluss A 281

(ISEK Nummer 5.1.1.3.1.; zuständiges Ressort: Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS))

Für den Bauabschnitt (BA) 4 (Wesertunnel) der A 281 liegt seit dem 30. Juni 2010 ein Planfeststellungsbeschluss vor, gegen den vor dem Bundesverwaltungsgericht geklagt wurde. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 24. November 2011 fünf Klagen abgewiesen, zwei Klagen wurden zum Ruhen gebracht. Die Klage der Firma ArcelorMittal Bremen (AMB) wurde nach gütlicher Einigung im August 2016 zurückgezogen. Für die komplette Vollziehbarkeit des Baurechts ist nun noch eine Einigung mit Holcim erforderlich. Die Klage von Holcim vor dem Bundesverwaltungsgericht soll bei einer Einigung hinsichtlich der entschädigungsrechtlichen Aspekte ebenfalls zurückgezogen werden. Zwischenzeitlich hat die Firma Holcim schriftlich gegenüber dem Vorhabenträger erklärt, dass sie sämtlichen Maßnahmen zur Umsetzung des 4. BA zustimmt, soweit die Grundstücke von Holcim nicht betroffen sind. Auf dieser Basis hat die Planfeststellungsbehörde am 2. August 2018 die sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses mit Ausnahme der Grundstücke von Holcim wiederhergestellt. Auf dieser Basis erfolgte dann die Zustimmung des Bundes für die Durchführung von bauvorbereitenden Maßnahmen und die Einstellung in den Bundeshaushalt. So kann auch mit anhängiger Klage von Holcim vor dem Bundesverwaltungsgericht mit bauvorbereitenden Aktivitäten begonnen werden. Der erste Spatenstich hierzu fand am 10. Januar 2019 statt. Parallel dazu werden weiterhin die intensiven Verhandlungen mit der Holcim GmbH geführt, um das Verfahren außergerichtlich abschließen zu können. Derzeit wird davon ausgegangen, dass eine Einigung im Frühjahr 2020 vorliegen kann und die Holcim GmbH dann die Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht zurücknimmt. Damit wäre dann die vollständige Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses vom 30. Juni 2010 hergestellt. Die Baumaßnahme könnte vorbehaltlos in den Bundeshaushalt eingestellt werden. Unter der Voraussetzung, dass Mitte 2020 mit den eigentlichen Arbeiten zur Herstellung des Wesertunnels begonnen werden kann, ist eine Verkehrsfreigabe für 2024 vorgesehen.

Die Gesamtbaukosten der A 281 (Ringschluss) belaufen sich aktuell auf 880,8 Millionen Euro. Der Anteil des BA 4 daran beträgt 345,4 Millionen Euro.

5. Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn Linie 1

(ISEK Nummer 5.1.1.3.2.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Fehlende Triebfahrzeugführende (bundeweites Problem!) haben dazu geführt, dass die Nordwestbahn (NWB) seit dem Juni 2019 ein Ersatzkonzept fährt, das den Betrieb stabilisieren soll. Damit verbunden sind allerdings Angebots- und Kapazitätseinschränkungen auf der RS 1.

Nach Auswertung der Betriebsqualität der vergangenen Monate kann festgestellt werden, dass das Ersatzkonzept sein Ziel erfüllt und zu einer deutlichen Verringerung der unplanmäßig ausgefallenen Züge geführt hat. So sank der Prozentsatz der unplanmäßig ausgefallenen Züge vom Maximalwert von 4,0 Prozent im Juni auf rund 0,8 Prozent im September und rund 0,1 Prozent im Oktober. Ausfallquoten kleiner oder gleich 1,0 Prozent sind einem normalen Betriebsgeschehen zuzuordnen. Mitte Januar 2020 lag der Wert der unplanmäßigen Zugausfälle bei 0,9 Prozent.

Zum 21. Oktober 2019 hat die NWB einen Teil der Einschränkungen des Ersatzkonzeptes wieder aufgehoben. Die Fahrten um 05:35, 06:05, 06:35 und 07:05 Uhr ab Bremen-Vegesack verkehren von Montag bis Freitag wieder mit zwei Triebwagen. Zusätzlich verkehren am Morgen auch die

Verstärker zur Minute 20 und 50 ab Bremen-Vegesack mit zwei Triebwagen. Das heißt, dass zwischen 05:35 und 07:25 Uhr alle Züge von Bremen Vegesack zum Hauptbahnhof wieder mit zwei Triebwagen verkehren. Im Februar 2020 wird über eine weitere Rücknahme von Einschränkungen des Ersatzkonzeptes beraten werden. Ziel ist eine vollständige Rücknahme des Konzeptes im Verlauf des Jahres 2020.

Unabhängig von diesen temporären Einschränkungen schreiten Ausbau und Modernisierung des SPNV in Bremen-Nord weiter voran. Wesentliche zurückliegende Maßnahmen waren zum Beispiel die Reaktivierung der Farge-Vegesacker Eisenbahn für den SPNV, die Einführung des 15-Minuten Taktes nach Bremen-Nord und die barrierefreie Modernisierung der Bahnhöfe.

In den kommenden Jahren stehen weitere Verbesserungen des SPNV-Angebotes auf der Agenda: Voraussichtlich im Dezember 2022 wird ein 30-Minuten-Takt auf der RS2 zwischen Bremen Hauptbahnhof und Bremerhaven zu den Hauptverkehrszeiten eingeführt. Diese Linie hält auch in Bremen-Burg und verdichtet das Angebot an diesem wichtigen Verknüpfungspunkt. Gegenüber heute rechnet das Land Bremen durch diese Maßnahme auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen mit Mehrkosten von rund 0,7 Millionen Euro/Jahr ab 2023.

Ergänzend zu der geplanten Angebotsverbesserung wird die Bahninfrastruktur zwischen Bremen-Vegesack und Bremen Hauptbahnhof für den regelmäßigen Einsatz längerer Züge ausgebaut. Derzeit werden die Züge auf der RS 1 in der Regel aus einem drei- und einem fünfteiligen Triebwagen gebildet. Nur mit einer Ausnahmegenehmigung des Betriebsleiters der NWB dürfen zwei fünfteilige Triebwagen verkehren, da die Bahnsteige in Bremen-Schönebeck, Bremen-Lesum, Bremen-Burg und Bremen-Oslebshausen dafür eine zu geringe Länge aufweisen. Mit einem Investitionsvolumen zwischen insgesamt zwei bis drei Millionen Euro sollen die Bahnsteige dieser Stationen bis zum Jahr 2023 auf eine einheitliche Länge von 180 m gebracht werden, so dass dann die Zuglängen flexibel auf zwei fünfteilige Triebwagen erhöht werden können.

Als weitere Maßnahme wird derzeit die Modernisierung der Leit- und Sicherheitstechnik in den Bahnhöfen Bremen-Burg, Bremen-Vegesack und Osterholz-Scharmbeck sowie im Verlauf der anschließenden Streckenabschnitte vorbereitet. Im Zuge dieses Projektes werden unter anderem eine neue Unterzentrale und ein neues Elektronisches Stellwerk erstellt. Weiterhin wird zwischen Bremen-Burg und Bremen-Vegesack ein Blocksignal aufgestellt, das eine dichtere Zugfolge und damit auch eine bessere Betriebsqualität erlaubt. Das Investitionsvolumen dieser Maßnahme beläuft sich nach derzeitigem Kenntnisstand auf rund 72 Millionen Euro, die Finanzierung erfolgt durch die DB AG und den Bund. Der Baubeginn ist im Jahr 2022 geplant, die Inbetriebnahme im Jahr 2024.

6. Stärkung der Stadtteilzentren

(ISEK Nummer 5.1.1.5.; zuständige Ressorts: SWAE, SKUMS)

Das Zentren- und Nahversorgungskonzept definiert das Ziel, die Zentren zu sichern und zu entwickeln. Dazu zählen in Bremen-Nord die Stadtteilzentren Burglesum, Blumenthal und Vegesack, welche eine herausgehobene Bedeutung einnehmen. Weiterhin existieren weitere kleine Nahversorgungszentren, die eine Versorgungsfunktion für umliegende Siedlungsbereiche und Ortsteile übernehmen. Das Zentren- und Nahversorgungskonzept, welches zurzeit fortgeschrieben wird (siehe den Beschluss zum Gutachterendbericht und der weiteren Beteiligung im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Zentren- und Nahversorgungskonzeptes in der Sitzung der städtischen Baudeputation vom 28. November 2019 (VL 20/492)), ist ein zentrales Steuerungselement der Einzelhandels-

entwicklung und bildet dabei den Rahmen für eine erfolgreiche Umsetzung weiterer aktivierender Maßnahmen auf Stadtteilebene und in den Zentren. Das Zentrum Vegesack wird dabei aufgrund seiner zum Teil mittelzentralen Funktion als besonderes Stadtteilzentrum definiert.

Zur Entwicklung des Bremer Nordens und zur Bildung einer positiven Identität gehört unter anderem die Definition eines gemeinsamen Zentrums für alle drei Stadtteile, in dem bestimmte öffentliche und private Dienstleistungen konzentriert angeboten werden können. Aufgrund der Lage ist hierfür das bestehende Zentrum Vegesack am geeignetsten.

Eine offensive Öffentlichkeitsarbeit ist hierfür ebenso eine wichtige Voraussetzung, wie die Erhaltung und Schaffung der entsprechenden Infrastruktur. Dabei sollen durch eine intensive Netzwerkarbeit Projekte zur Förderung und zur Identitätsbildung durchgeführt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Stärkung des Einzelhandels und der Förderung des Tourismus.

Vegesack Marketing e. V. (VM) erhält daher für das Citymarketing und -management im Jahr 2020 seitens SWAE eine Zuwendung in Höhe von 240 000 Euro. Die Finanzierung für das Jahr 2020 wurde über Beschlüsse des Senats, der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit sowie des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Ende 2019 abgesichert. Für die Folgejahre müssen die Mittel jedoch noch eingeworben werden, sind aber Bestandteil der Haushaltsberatungen.

Im Laufe der vergangenen Jahre hat sich insbesondere das von VM organisierte internationale Festival Maritim in Vegesack von einem kleinen regionalen Fest zu einem kulturellen Highlight und zu einem Treffpunkt der internationalen Seamusik-Szene entwickelt. Zehn Open-Air-Bühnen, internationale Bands und Gruppen in rund 170 Konzerten locken rund 100 000 Besucherinnen und Besucher Jahr für Jahr an die Weser. Begleitet wird es von einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm aus Kunst, kulinarischen Köstlichkeiten und vielem mehr. Aber auch der Vegesacker Winterspaß sowie das Vegefest und der Kindertag, jeweils verbunden mit einem verkaufsoffenen Sonntag, gehören zu den Veranstaltungen, die das Zentrum stärken und den gesamten Bremer Norden als attraktiven Standort für Freizeit-, Naherholung- und Einzelhandel bekanntmachen.

Zur Verbesserung der Infrastruktur im Zusammenhang mit der Wahrnehmung Vegesacks als Zentrum für den Bremer Norden wurde VM zudem bereits 2019 mit der Planung und Umsetzung eines Orientierungs- und Leitsystems beauftragt. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch besondere Anziehungspunkte (Einzelhandel, besondere Freizeitangebote, historische Aspekte) werden dadurch besser erkennbar und tragen zur Aufwertung des Zentrums Vegesack bei. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von 180 000 Euro wurden bereits 2019 durch SWAE bereitgestellt, die Fertigstellung der baulichen Anlagen ist für Mitte 2020 vorgesehen.

Angesichts des stetigen Wandels des Einzelhandels und der Ansprüche an ein Zentrum wie Vegesack hält der Beirat Vegesack zudem eine strategische Neuausrichtung für Vegesack erforderlich. Er hat daher unter anderem SWAE darum gebeten, bereits im Jahr 2019 mit den Vorplanungen zu beginnen. Gemeinsam unter anderem mit VM (Geschäftsführung und Vorstand), dem Ortsamt, der Handelskammer und SKUMS wurden daher die Ansprüche an ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Die Kosten hierfür sind jedoch noch nicht bekannt, eine Finanzierung ist daher zurzeit nicht abgesichert.

7. Stärkung der Gesundheitswirtschaft

(ISEK Nummer 5.1.1.6.; zuständiges Ressort: Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz [SGFV])

Das Klinikum Bremen-Nord (KBN) ist ein Schwerpunktkrankenhaus mit großer regionaler Bedeutung. Die Klinik nimmt die Funktion als Regionalversorger wahr und umfasst (neben der Anästhesiologie, Intensiv- und Notfallmedizin und der Notaufnahme) als Fachabteilungen auch die Allgemein-, Gefäß- und Visceralchirurgie, die Geriatrie und Frührehabilitation, die Gynäkologie und Geburtshilfe, die Innere Medizin, die Neurologie und Klinische Neurophysiologie inklusive Stroke Unit, die Kinder- und Jugendmedizin, die Unfallchirurgie und Orthopädie, die Radiologie und Nuklearmedizin, sowie ein psychiatrisches Behandlungszentrum.

Das KBN verfügt über insgesamt 529 Planbetten. Im Jahr 2018 wurden von 947 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über 21 000 Patientinnen und Patienten voll- beziehungsweise teilstationär versorgt (Quelle: Geschäftsbericht 2018 der GeNo). Die Umsatzerlöse beliefen sich im Jahr 2018 auf circa 85 Millionen Euro (Quelle: Monatsbericht Dezember 2018 der GeNo).

Im Psychiatrischen Behandlungszentrum Bremen-Nord wird grundsätzlich versucht, Behandlungen möglichst ambulant durchzuführen, damit der Patient so lange wie möglich in seinem gewohnten sozialen Umfeld bleiben kann. Das Verhältnis von stationären (49) zu tagesklinischen (43) Plätzen am Behandlungszentrum (BHZ) Nord ist nahezu 1:1. Das System der „Persönlichen Therapeutischen Begleitung“ (PTB) wurde in den letzten Jahren konsolidiert. Es stellt die Beziehungskontinuität über die unterschiedlichen Behandlungsangebote (stationär, teilstationär, ambulant) sicher.

Die Klinik für Innere Medizin kann weiterhin einen großen Zulauf von Patientinnen und Patienten mit Erkrankungen verzeichnen. Die Behandlungstage im Herzkatheterlabor wurden in der Klinik erweitert.

In der Chirurgie fand eine Ausweitung des OP-Managements statt. Mit diesen beiden Maßnahmen wird die Verfügbarkeit erhöht und die Patientenversorgung verbessert.

In der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin findet eine überregionale Versorgung in den Fachbereichen Endokrinologie, Diabetologie und Neurologie statt. Die Klinik ist zudem ein Perinatalzentrum Level II, das heißt es können dort derzeit unter anderem Schwangere mit einem erwarteten Frühgeborenen mit einem geschätzten Geburtsgewicht ab 1 250 Gramm oder Schwangere ab der 29. Schwangerschaftswoche versorgt werden. In der Klinik wird der Ansatz einer familienzentrierten Medizin und Pflege verfolgt, bei der auch die Bedürfnisse der Angehörigen und Familien berücksichtigt werden.

Anfang dieses Jahres hat Dr. Wladimir Pauker, ehemaliger Chefarzt der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe, das KBN verlassen. Privatdozent Dr. Carsten Oberhoff, Chefarzt der Gynäkologie und Geburtshilfe am Klinikum Links der Weser (KLdW), übernahm zum Jahresbeginn übergangsweise die Klinikleitung. Er wird zusammen mit seinem Team die Frauenklinik im Bremer Norden unterstützen. Die GeNo will die Chefarztposition der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe am KBN allerdings wiederbesetzen. Dazu laufen bereits Gespräche mit einem Nachfolger. Seit Anfang dieses Jahres übernahm zudem Dr. Remy Malo die Leitung des Perinatalzentrums Level II. Dr. Malo ist Experte unter anderem im Bereich der speziellen Geburtshilfe und Perinatologie. Er verfügt zudem über die geburtshilfliche Ultraschallqualifikation für die Geburtshilfe (Stufe II) der Deutschen Gesellschaft für Ultraschall in der Medizin (DEGUM). Auch Dr. Malo kommt vom Klinikum Links der Weser und übernimmt die Leitung kommissarisch.

Von der Klinik für Geriatrie und Frührehabilitation ausgehend wird derzeit der Aufbau eines demenzsensiblen Krankenhauses im KBN begleitet. Für das Jahr 2020 sind eine entsprechende Veranstaltung zu diesem Thema, sowie die 25-Jahr-Feier der Klinik geplant.

Die seit dem Jahr 2018 etablierte Klinik für Neurologie und Klinische Neurophysiologie/Stroke Unit kann weiterhin hohe Belegungszahlen verzeichnen. Das relativ neue Angebot verbessert die umfassenden Möglichkeiten im Stadtteil, das gesamte Spektrum an neurologischen Erkrankungen behandeln zu können. Die Abteilung arbeitet eng mit den niedergelassenen Kollegen zusammen. Im Jahr 2019 fand ein Aufbau der Abteilung durch die Inbetriebnahme zusätzlicher Betten statt.

Seit Februar verstärkt Dr. Frank Wösten die Krankenhausdirektion des Klinikums Bremen-Nord. Neben der geschäftsführenden Krankenhausdirektorin Birgit Hilmer ist Dr. Wösten ab sofort als ärztlicher Direktor tätig. Darüber hinaus bleibt er auch weiterhin Chefarzt für die Zentrale Notaufnahme im Klinikum Bremen-Nord.

Überregionale Bedeutung haben insbesondere das Zentrum für Gefäßmedizin, die Diabetologie sowie die Altersmedizin.

8. Wohnungsbau/Baugebiete

(ISEK Nummer 5.1.2.1.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Der Status der 2017er-Flächen, die in der Veröffentlichung „Wohnbauflächen in Bremen bis 2020“ enthalten sind, ist in der folgenden fortgeschriebenen Tabelle dargestellt. Die seinerzeitige Einstufung hinsichtlich des Zeithorizontes und Konkretisierungsgrades der Projektflächen ist ebenfalls noch einmal abgebildet.

Zwölf Projekte konnten als sehr weitgehend beziehungsweise vollständig fertiggestellt (I) gekennzeichnet werden (12 Flächen mit 469 WE). Weitere Flächen befinden sich im Bau (II) oder unmittelbar davor, das heißt, in jedem Fall sind die Planungen einschließlich des Planungsrechts fertiggestellt worden und die Baugenehmigung liegt vor (vier Flächen mit 191 WE).

Bei weiteren Projekten und Wohneinheiten wurden die Planungen weiter vorangetrieben (III). Die Einstufung in diese Kategorie setzt eine weitere Konkretisierung der städtebaulichen Vorstellungen und in einer Vielzahl der Fälle den nächsten Schritt der Bauleitplanung beziehungsweise deren Abschluss und/oder sogar eine teilweise Umsetzung voraus (zwölf Flächen mit 1046 WE).

Viele insbesondere kleinere und seinerzeit als „weiteres Potenzial“ eingestuften Projekte „ruhen“ (IV) noch immer und/oder müssen neu geplant werden (13 Flächen mit 407 WE). Eine Projektkonkretisierung war vor allem dann nicht möglich, wenn zum Beispiel die Eigentümer das Grundstück bislang nicht entwickeln wollten beziehungsweise nicht verkaufsbereit sind. In weniger Fällen betrifft dies Probleme der Erschließung, des Ausgleichs, der Waldkompensation und ähnliches.

Nur einige wenige Projekte können gar nicht mehr weiterverfolgt (V) werden (2 Flächen mit 20 WE).

Die rein zahlenmäßige Auswertung gibt allerdings nur bedingt das tatsächliche Planungs- und Baugeschehen wieder.

Für die Bauflächen in der folgenden Tabelle wurde aktuell eine Bilanzierung durchgeführt:

1	Stadtteil	Bezeichnung	WE 2017 ²	WE 2019 ³	Status	Kategorie	WE Differenz
	Burglesum	Freier Damm	20	20	Wird nicht weiterverfolgt	V	-20
	Burglesum	Fichtenhof	10	10	Ruht auf Grund Klage	IV	0
	Burglesum	Eichenhof	34	34	fertig gestellt	I	0
	Burglesum	Lesum-Park West	133	105	fertig gestellt	I	-28
	Burglesum	Lesum-Park Ost	33	33	fertig gestellt	I	0
	Burglesum	Steinkamp	16	16	fertig gestellt	I	0
	Burglesum	An Woldes Wiese (Bil- lungsstraße)	45	48	in Bau	II	3
	Burglesum	Ortsamt Lesum	30	20	Neuplanung wird erstellt	III	-10
	Burglesum	An der Burger Brücke/ Lesumufer	10	10	fertig gestellt	I	0
	Burglesum	An Rauchs Gut	40	40	In Bau	II	0
	Burglesum	Alte Molkerei	50	100	in Planung	III	50
	Burglesum	Am Burger See	30	30	ruht	IV	0
	Burglesum	Grambkermoor	20	20	ruht	IV	0
	Burglesum	Grönlandstraße	60	100	B-Plan im Verfahren	III	40
	Burglesum	Am Geestkamp	100	100	ruht	IV	0
	Burglesum	Marßel	30	30	ruht	IV	0
	Burglesum	Am Rastplatz	30	120	B-Plan erforderlich	III	90
	Vegesack	Aumunder Wiesen I	44	44	fertig gestellt	I	0
	Vegesack	Am Becketal	23	23	fertig gestellt	I	0
	Vegesack	Meinert-Löffler-Straße	10	10	ruht	IV	0
	Vegesack	Middenmang	20	20	fertig gestellt	I	0
	Vegesack	Hartmann-Stift	40	65	läuft	III	25
	Vegesack	Kleine Breite	20	20	fertig gestellt	I	0
	Vegesack	Gärdeshof	10	10	fertig gestellt	I	0
	Vegesack	Alte Hafestraße/Möbel- haus	16	0	Wird Kita, kein Wohnungsbau	V	-16
	Vegesack	Am Wasser	40	40	ruht	IV	0
	Vegesack	Tauwerkquartier	105	105	fertig gestellt	I	0
	Vegesack	Aumunder Wiesen II	30	35	vor Baubeginn	II	5
	Vegesack	Haselbusch	10	10	ruht	IV	0
	Vegesack	Weserstraße	30	50	läuft	III	20
	Vegesack	Grohner Wandplatten	100	100	Ruht, Folgenutzung unklar	IV	0
	Vegesack	Haven Hööv't	100	150	läuft	III	50
	Blumenthal	Unterm Berg I	12	12	ruht	IV	0
	Blumenthal	Unterm Berg II	10	10	ruht	IV	0
	Blumenthal	Betonstraße	10	10	ruht	IV	0
	Blumenthal	Cranzer Straße	145	105	läuft	III	-40

³ Stand interne Wohnbaudatenbank Dezember 2019

1	Stadtteil	Bezeichnung	WE 2017 ²	WE 2019 ³	Status	Kategorie	WE Differenz
	Blumenthal	Grünes Band Lüssum	25	25	ruht	IV	0
	Blumenthal	Turnerstraße/Pürschweg	26	26	Teil realisiert, Teil ruht	III	0
	Blumenthal	Am Bodden / Nord	68	68	vor Baubeginn	II	0
	Blumenthal	ehem. Dewers Areal	49	49	fertig	I	0
	Blumenthal	Am Bodden / Süd	50	50	in Planung	III	0
	Blumenthal	Wölpische / An der Landesgrenze	10	10	läuft	III	0
	Blumenthal	Rönnebecker Weserufer	100	250	Im Verfahren	III	150
	Summen WE		1794	2133	Differenz		319

Im Bremer Norden hat mit dem Projekt Haven Hööv't ein Projekt qualitativ und quantitativ Gestalt angenommen, das im Flächenbericht des Jahres 2017 nur als Prüffläche enthalten war. Gleichzeitig konnten hier auch viele kleinere Projekte vorgebracht werden. Nicht zuletzt werden auch hier gerade eine Reihe seinerzeit noch nicht enthaltener Projekte weiter konkretisiert, wie zum Beispiel das Teichquartier (circa 80 WE), ein altes Gärtnereigelände in der Fährer Flur (20 WE, Kita), das Areal des ehemaligen Schlachthofes an der Meinert-Löffler-Straße, ein Kirchengrundstück in Marbel und ein größeres Wohnprojekt an der Hindenburgstraße.

Statistisch wurden in Bremen-Nord im Jahr 2019 knapp 300 bauordnungsrechtliche Freistellungen und Baugenehmigungen mit einem gebührenrechtlichen Bauvolumen von circa 66,5 Millionen Euro ausgegeben und knapp 200 neue Wohneinheiten erfasst.

Hinzu kommt eine weitgehende Minimierung des Wohnungsleerstandes im Ergebnis der Flüchtlingszuwanderung.

9. Wohnen für ältere Menschen

(ISEK Nummer 5.1.2.2.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Speziell für die Wohnbedarfe älterer Menschen wurde neben der in Betrieb genommenen Einrichtung im Lesumpark („Mein Zuhause Lesum“) auch ein Angebot im Bereich Grohn („Convivo Park Tauwerk Corner“) geschaffen. Im Bau ist eine weitere Einrichtung am S-Bahnhaltepunkt Aumund-Hammersbeck (ehemaliger Schlachthof). In der bauleitplanerischen Entwicklung ist die weitergehende Ergänzung institutioneller Angebote unter anderem in den Plangebieteten Cranzer Straße, Burger Bahnhof und Hartmannstift.

10. Entwicklung der Kitas und Schulen

(ISEK Nummer 5.1.3.2.; zuständiges Ressort: Senatorin für Kinder und Bildung [SKB])

Der Senat hat in 2015 ein Konzept zum größten Kita-Ausbau in der bremischen Geschichte vorgelegt und seitdem stadtweit bereits rund 4 000 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen. Teil dieser Ausbaustrategie ist insbesondere die sogenannte „aufholende Entwicklung“, die in allen Stadtteilen einen guten Zugang zu frühkindlichen Bildungsangeboten gewährleisten soll und nicht nur dort, wo es zum Beispiel durch einen hohen Besatz an Doppelverdiener-Familien gibt. Ziel ist es, in allen Stadtteilen schrittweise ein Kitaplatzangebot für mindestens 50 Prozent aller Kinder unter drei Jahren und 98 Prozent aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren zu entwickeln.

In Bremen Nord werden im Rahmen der aufholenden Entwicklung insbesondere die Kindertagesförderungsangebote in den Stadtteilen Blumenthal und Vegesack gestärkt.

Bis zum Beginn des Kita-Jahres 2019/2020 sind in Bremen-Nord bereits 442 zusätzliche Kita-Plätze (seit 2016) neu entstanden. In Blumenthal (leicht) und in Vegesack (deutlich) liegt der relative Platzzuwachs bereits über dem durchschnittlichen Platzausbau in der Gesamtstadt. Die aufholende Entwicklung wirkt also bereits, obwohl eine Vielzahl von angesprochenen Neubauprojekten sich zurzeit noch in Planung oder Umsetzung befindet.

Gleichwohl stellt die sozio-demographische Entwicklung in Bremen-Nord aufgrund des starken Zuzugs in einigen Ortsteilen eine besondere Herausforderung dar. Die Nachfrage und der Bedarf an Kindertagesförderungsangeboten steigt überproportional stark an, sodass – ausgehend von einer bislang unterdurchschnittlichen Versorgungsquote – die Ausbaustrengungen nochmals verstärkt werden müssen. Die städtische Deputation für Kinder und Bildung hat deshalb seit 2016 mehrfach zusätzliche Projekte beschlossen, die teilweise auch über die rechnerische Zielversorgungsquote von 50 und 98 Prozent hinausreichen, weil es Indizien für eine weitere Bevölkerungszunahme oder sonstige zusätzliche Bedarfe gab.

Seit 2016 wurden für Bremen-Nord – neben der Schaffung von Kita-Plätzen in bestehenden Einrichtungen – insgesamt 20 Neubauprojekte in Auftrag gegeben. In der aktuellen Planungs-Ausbauperiode werden in Bremen-Nord 16 von stadtweit insgesamt 60 Projekten umgesetzt. Mit einem Anteil von rund 27 Prozent am Kita-Ausbau ist Bremen-Nord damit angesichts eines aktuellen Anteils von 17 Prozent an allen bestehenden Plätzen deutlich überrepräsentiert.

Darüber hinaus wurden verschiedene Programme zur Qualitätsentwicklung, Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels sowie Bindung von pädagogischem Fachpersonal angeschoben und teilweise auch bereits umgesetzt. Diese stadtweiten Programme richten sich insbesondere an Einrichtungen mit einem hohen Sozialindex-Wert. Dies ist immer dann der Fall, wenn ein hoher Anteil von Kindern aus sozial und wirtschaftlich benachteiligten Quartieren diese Einrichtungen besuchen. Einige Einrichtungen in Bremen-Nord profitieren deshalb besonders stark von diesen Programmen.

Dabei geht es insbesondere um

- Förderung der Elternberatung und Vernetzung der Kitas im Sozialraum (Sozialpädagoginnen- und Sozialpädagogen-Programme I + II):
Für 24 Einrichtung in Bremen Nord steht jeweils eine halbe Sozialpädagoginnen-/Sozialpädagogen-Stelle zusätzlich zur normalen Personalausstattung zur Verfügung.
- Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels in neu geschaffenen Einrichtungen mit einem Sozialindex >50 im Rahmen der Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes (zum August 2020).
- Die verbesserte Personalausstattung kann ab Sommer 2020 in mehr als 20 Einrichtungen in Bremen-Nord umgesetzt werden.
- Personalbindung in Einrichtungen mit besonderen sozialen Herausforderungen durch bessere Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern nach TVöD 8b.

Für 14 Einrichtungen in Blumenthal, 9 Einrichtungen in Vegesack und 7 Einrichtungen in Burglesum stehen entsprechende Mittel zur Verfügung. Die Umsetzung erfolgt ab April 2019.

Der Anteil der Einrichtungen aus Bremen-Nord an diesen Qualitätsentwicklungsprogrammen liegt zwischen 21 Prozent und 26 Prozent. Angesichts des Anteils von rund 17 Prozent an allen Kita-Plätzen, profitiert Bremen-Nord also auch von qualitativen Programmen überproportional stark.

Die Schulstandortplanung für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen wurde im November 2018 von Senat und zuständiger Deputation für Kinder und Bildung beschlossen. Aktuell erfolgt auf der Grundlage der neuen Bevölkerungsprognose eine Überarbeitung der Planung. Voraussichtlich im zweiten Quartal 2020 wird es auf der Grundlage der Fortschreibung der Bevölkerungsprognostik zu einem weiteren Beteiligungsverfahren zur Schulstandortplanung für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in der Stadtgemeinde Bremen kommen. Ziel ist dabei die Anpassung des im November 2018 vorgelegten Maßnahmenpaketes an die mittlerweile zu erwartende Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Stadt- und Ortsteilen. In Bremen-Nord scheint insbesondere ein weitergehenderer Ausbau der Oberschulkapazität in Burglesum erforderlich.

Zum konkreten Kita- und Schulausbau wird auf die Darstellungen bei den einzelnen Stadtteilen verwiesen.

11. Berufsausbildung/Bildungscampus

(ISEK Nummern 5.1.3.1 und 5.3.3.; zuständige Ressorts: SWAE, SKUMS, SKB)

Städtebauliches Werkstattverfahren zur Entwicklung eines Strukturkonzeptes für eine städtebauliche Rahmenplanung am Industrie- und Gewerbestandort Bremer Wollkämmerei

In dem von SWAE, SKUMS, SKB und WFB ausgelobten Verfahren wurden Vorschläge zur städtebaulichen Integration eines Berufsschulcampus in das Industrie- und Gewerbegebiet auf dem Gelände der ehemaligen Bremer Wollkämmerei entwickelt. Die beauftragten Büros waren aufgefordert, dabei auch die Erschließungsmöglichkeiten, Entwicklungsmöglichkeiten für Gewerbetreibende und die Verknüpfung mit dem alten Zentrum Blumenthal darzustellen. Die Ergebnisse wurden dem Beirat Blumenthal am 20. Januar 2020, in der Folge dem Regionalausschuss am 12. Februar 2020 vorgestellt. Im Zuge der sich nun anschließenden und die bereits eingeleitete Bauleitplanänderung (Nummer 1580) vorbereitenden Rahmenplanung wird im Kontext der Entwicklung eines Berufsschulcampus der Einsatz von Städtebauförderungsmitteln zur Stärkung des alten Zentrums Blumenthal sowie zur Nachnutzung der historischen Industriebauten auf dem ehemaligen BWK-Areal geprüft.

Vorauslaufend wird als erster Baustein auf dem Weg zu einem Berufsschulcampus die Verlagerung der berufsbildenden Zweige des Schulzentrums Eggestedter Straße in das sanierte und baulich zu ergänzende ehemalige Technische Sortiergebäude bis voraussichtlich 2023 vorbereitet.

Derzeit werden die Verfahrensergebnisse im Bauamt Bremen-Nord ausgestellt.

12. Vorhaben und Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung

(ISEK Nummer 5.1.4.1; zuständiges Ressort: Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport [SJIS])

Bereits vor einigen Jahren wurden in der Stadtgemeinde Bremen zwei Pflegestützpunkte eingerichtet, einer davon in Bremen-Nord im Einkaufszentrum Haven Höft. Insbesondere die Angebote des Pflegestützpunktes in Bremen-Nord wurden in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet. Dieser Stützpunkt befindet sich jetzt zentral am Rande der Fußgängerzone

in Bremen-Vegesack. Der Stützpunkt wird von den Bürgern der Stadtteile in Bremen-Nord sehr gut angenommen.

Das Vorhaben ist damit bereits abgeschlossen, die Angebote werden allerdings stets erweitert.

Die Finanzierung des Pflegestützpunktes in Bremen-Vegesack ist gesichert.

Orte der Begegnung für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen

Der Bremer Norden verfügt über mehrere Orte der Begegnung für ältere Menschen. An insgesamt sieben Standorten bieten Seniorenzentren, Seniorentreffpunkte und ein Mehrgenerationenhaus (MGH) vielfältige Angebote an. Gefördert von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sollen sowohl Menschen im sehr fortgeschrittenen Alter als auch die jüngeren Menschen in der nachberuflichen Lebensphase angesprochen werden. Großer Wert wird dabei daraufgelegt, dass die Angebote auch für Menschen mit geringem Einkommen finanzierbar sind. Der Besuch der Seniorenzentren und Seniorentreffs sowie des MGH ist ohnehin kostenlos.

Fortführung der Finanzierung der Seniorenzentren und -treffs ist gesichert.

Neben den Seniorenzentren gibt es weitere Begegnungsmöglichkeiten. So wird im Nachbarschaftshaus Marbel ein Kulturangebot erprobt und gefördert, das es pflegenden Angehörigen von demenziell erkrankten Menschen ermöglicht, eine kleine Auszeit bei gleichzeitiger Sicherstellung der Betreuung der Pflegebedürftigen zu nehmen. Diese Maßnahme zur Stärkung der pflegenden Angehörigen ist erstmalig ab Ende 2018 gefördert worden und soll dazu beitragen, die häusliche Versorgung zu stabilisieren. Die Finanzierung dieses Projektes erfolgt aus Mitteln des Fonds für Innovationsförderung und Strukturverbesserung und ist damit zeitlich begrenzt.

Aus dem Nachbarschaftshaus Marbel heraus wird im Stadtteil Burglesum die „Aufsuchende Altenarbeit- Hausbesuche“ koordiniert. Der Standort ist im Rahmen einer Interessenbekundung ausgewählt worden. Dieser von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport geförderte Besuchs- und Begleitdienst will älteren und alleinstehenden Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und einer drohenden Isolation entgegenwirken. Die Kontakte werden von der hauptamtlichen Koordinatorin vorbereitet und durch geschulte Freiwillige weitergeführt. Die Finanzierung des Angebots ist nicht zwingend an diesen Standort gebunden, jedoch grundsätzlich zeitlich nicht begrenzt.

Für Menschen mit Behinderungen hat in Bremen-Nord lange Zeit der Verein Selbsthilfe Sozialzentrum Bremen-Nord ein offenes Beratungs- und Begegnungsangebot für Menschen mit Behinderungen organisiert. Nach der Insolvenz des Vereins im Herbst 2018 musste dieses eingestellt werden. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat sich im Jahr 2019 bemüht, ein neues entsprechendes Angebot für Bremen-Nord zu initiieren. Durch eine Kooperation der drei Vereine der Behindertenhilfe (LAGS, Blinden- und Sehbehindertenverein und SelbstBestimmt Leben) ist dies nun gelungen. Es ist zu erwarten, dass im Laufe dieses Jahres ein entsprechendes Angebot wieder für Menschen mit Beeinträchtigungen zur Verfügung steht.

Projekte zur Förderung der Integration

Sprachkurse für erwachsene Asylsuchende und Geduldete:

Zielgruppe der Maßnahme sind neu nach Bremen zugewiesene, erwachsene Asylsuchende und Geduldete, die keinen oder noch keinen Anspruch auf die Zulassung zu einem Integrationskurs des Bundesamtes für Migra-

tion und Flüchtlinge (BAMF) oder auf Sprachkurse nach der berufsbezogenen Deutschsprachförderung (DeuFöV) haben. Darüber hinaus werden speziell niedrighschwellige Frauensprachkurse gefördert.

Die Kurse beziehungsweise Kursmodule laufen in der Regel über einen Zeitraum von drei Monaten im Umfang von 100 Unterrichtseinheiten (UE). Finanziert werden auch Anschlussmodule für Fortgeschrittene mit dem Ziel, das Sprachniveau A2 oder B1 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen Sprache zu erreichen. Die Zahl der Teilnehmenden in einer Kursgruppe beträgt im Verlauf des Kurses in der Regel zwischen 16 und 20 Personen.

Die Sprachkurse finden nach Möglichkeit in guter Erreichbarkeit zu den Unterbringungseinrichtungen beziehungsweise Wohnungen der Geflüchteten statt (zum Beispiel in Räumlichkeiten des Trägers, in einer Gemeinschaftsunterkunft der Stadtgemeinde Bremen oder in anderen öffentlichen Räumlichkeiten). Sofern eine Kinderbetreuung in den Regeleinrichtungen nicht möglich ist oder in den Übergangswohnrichtungen nicht vorgehalten wird, ist die Übernahme der Kinderbetreuungskosten möglich, wenn mindestens drei Kinder eine Betreuung benötigen.

Ein Sprachkurs findet in der Erstaufnahme in der Lindenstraße statt, drei weitere Sprachkurse mit Kinderbetreuung in Blumenthal.

Integration vor Ort: Fonds zur Teilhabe von geflüchteten Menschen in den Stadtteilen

Den Stadtteilstonds hat der Senat im Herbst 2013 im Zuge von Sofortmaßnahmen erstmalig eingerichtet. Über die Stadtteilmittel können Migrantenorganisationen, Willkommensinitiativen, aber auch Einzelpersonen, Vereine und so weiter, Kleinstprojekte bis maximal 1 500 Euro Förderhöhe beantragen.

Vorrangiges Ziel der Maßnahme ist, dass in Bremen lebende Geflüchtete von den Angeboten profitieren, unabhängig davon, ob sie in Übergangswohnheimen oder eigenen Wohnungen leben. Die Projekte sollen ehrenamtliche Angebote in den Stadtteilen möglich machen und allen Akteuren und Projekten, die sich um Begegnung, Willkommensgesten und Orientierungshilfen für Geflüchtete bemühen, zugutekommen. Die Maßnahme wird quartiersbezogen durchgeführt. Es handelt sich hier um niedrighschwellige Angebote mit einer Projektlaufzeit von ein bis zwölf Monaten.

In Rahmen des Stadtteilstonds wurden 2019 von den insgesamt 174 Projekten 123 gefördert. Davon wurden 20 Projekte in Burglesum, Blumenthal und Vegesack finanziert. Dies entspricht einer Bewilligungsquote von 16 Prozent für den Bezirk Nord.

2019 lässt sich bei detaillierterer Betrachtung auf Stadtteilebene erkennen, dass sich die Anzahl der bewilligten Anträge in den Bezirk Nord um 5,0 Prozent erhöht hat.

Förderung des ehrenamtlichen Engagements für geflüchtete Menschen in Bremen-Nord/Gemeinsam in Bremen, Regionalkoordination Nord

Gemeinsam in Bremen koordiniert und unterstützt Ehrenamtliche, die sich für geflüchtete Menschen einsetzen. 2019 gab es fünf Regionalkoordinatorinnen und Regionalkoordinatoren, darunter einen in Bremen-Nord. Er hält Kontakt zu den Engagierten der Willkommensinitiativen und in den Übergangswohnheimen (ÜWH), organisiert ein Vernetzungstreffen, vermittelt neue Engagements, berät und unterstützt. Seit 2020 arbeitet Gemeinsam in Bremen mit zwei zentralen Koordinatorinnen und Koordinatoren, die Regionalkoordination Nord besteht jedoch weiterhin, um die Engagierten in Bremen-Nord besonders zu unterstützen und zu fördern. Die Stelle der Regionalkoordination Nord wird im Jahr 2020 von SJIS

mit 25 000 Euro finanziert. Dazu kommen Sachmittel, Overheadkosten und so weiter.

Selbsthilfe- und Projektförderung zur Unterstützung von Migranten und Migrantinnen

Seit vielen Jahren werden verschiedene Projekte in Bremen-Nord im Bereich der Selbsthilfeförderung unterstützt. Im Jahr 2020 werden dazu von SJIS erneut rund 20 000 Euro an Projektmittel für bis zu 15 Projekte vergeben. Bei den Projekten liegt der Schwerpunkt darauf, dass Migrantinnen und Migranten unterstützt werden, neue Fähigkeiten zu erwerben und diese weitergeben zu können.

Durch den fortschreitenden Strukturwandel in den letzten Jahrzehnten entwickeln sich zunehmend sozialräumliche Disparitäten im städtischen Raum. Davon sind vor allem altindustrielle Gebiete und Neubauquartiere des sozialen Wohnungsbaus betroffen. Städtebauliche, soziale und funktionale Fehlentwicklungen korrespondieren in diesen Quartieren miteinander, so dass integrierte Ansätze in der Stadtentwicklungspolitik notwendig sind. Das kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ ist daher Teil einer langfristig angelegten, integrierten sozialen bremischen Stadtentwicklungspolitik und wurde im Dezember 1998 als Senatsprogramm beschlossen. Gerade in Bremen-Nord zeigt sich, dass in den WiN Quartieren mit vergleichsweise wenig Geld ein großer Beitrag geleistet werden konnte, um sozialen Zusammenhalt, Integration und Teilhabe zu fördern und somit die Ressourcen der WiN-Gebiete zu stärken. Die Aufgaben in den bestehenden WiN-Gebieten sind durch die verstärkte Neuzuwanderung von geflüchteten Menschen ab dem Jahr 2015 noch einmal größer geworden und angesichts der Tatsache, dass die WiN-Gebiete auch in Zukunft einen Großteil der städtischen Integrationsleistungen übernehmen werden, wird das WiN-Programm fortgeführt. Die zentrale sozialraum-analytische Grundlage für die Bestimmung und Festlegung der WiN-Fördergebietskulisse ist das „Monitoring Soziale Stadt“. Vor dem Hintergrund werden die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau vorschlagen, die WiN-Förderung in Bremen Nord zu intensivieren.

13. Sonstige verkehrspolitische Aspekte/Projekte

(Zuständiges Ressort: SKUMS)

Lesumbrücke A27

Nach umfangreichen Untersuchungen wird die Lesumbrücke ertüchtigt. Der uneingeschränkte Verkehrswert (dreispurig je Richtung) soll bis 12/2020 wiederhergestellt werden.

Die Neubauplanung wurde bereits vergeben und wird durch die DEGES betrieben. Angestrebt wird eine Fertigstellung des Neubaus bis spätestens 2028.

Aufgrund der höheren Verkehrsbelastung auf dem parallel verlaufenden Heerstraßenzug während der Einschränkungen (und gegebenenfalls auch während des Neubaus) wurde dort eine Optimierung der LSA-Koordinierung untersucht. Zur Finanzierung werden derzeit Verhandlungen mit dem Bund geführt.

BSAG

Verkehrsangebot

Eine wesentliche Verbesserung im ÖPNV konnte 2012 mit der Einführung der Regio-S-Bahn-Linie RS1 (Verden–Vegesack–Farge) erreicht werden. Für die Abstimmung der Busse auf den S-Bahn-Takt (15'/30') war eine Um-

stellung der BSAG-Busse vom 10-Minuten- auf einen 15-Minuten-Takt erforderlich. Durch Überlagerung mehrerer Linien konnte damit auf vielen Streckenabschnitten ein 7,5-Minuten-Takt erreicht werden.

In den Folgejahren war auf Grund der Haushaltskonsolidierung nur eine behutsame Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebotes möglich. Neben wirtschaftlichen Optimierungen insbesondere in den Jahren 2017 und 2018 waren nur einzelne Verbesserungen möglich; zum Beispiel:

- 2015: Linie 91 fährt die neue Haltestelle Lesum Park alle 30 Minuten an.
- 2018: Linie 90 bedient sonntags auch die Haltestelle Lesum Park; dadurch wird dieser Bereich nun täglich bedient.
- 2019: Linie 94 wird bis Haltestelle Schwanewede/Am Spreeken verlängert.
- Ab 2020 (Planung): Linie 92 wird in der Hauptverkehrszeit – wie die Linie 91 – über Lesum Park verkehren. Dadurch steigt dort das Angebot von zwei auf vier Fahrten je Stunde.

Fahrgastnachfrage

Die Fahrgastnachfrage in Bremen-Nord liegt seit vielen Jahren bei circa zwölf Millionen Fahrgäste im Jahr. Trotz der Angebotsanpassungen und notwendigen Sparmaßnahmen können keine signifikanten Änderungen in der Nachfrage festgestellt werden. Die BSAG bewertet daher die Anpassungen als erfolgreich und passgenau.

Wegfall VBN-Tarifzone 101 (Bremen-Nord)

Für den innerbremischen Verkehr wurde die Tarifzone 101 (Bremen-Nord) zum 1. Januar 2015 abgeschafft. Allerdings besteht diese Zone weiterhin für Fahrten zwischen dem Umland und Bremen, die über Bremen-Nord führen (zum Beispiel von Bremen nach Bremerhaven). Diese Regelung ist den Fahrgästen schwer zu vermitteln, einige empfinden sie als ungerecht. Derzeit prüft der VBN Möglichkeiten, diese Tarifzone aufzuheben. Allerdings sind dafür Ausgleichszahlungen erforderlich, die derzeit nicht finanziert sind.

Weser-Fähren

Bei der Thematik Weser-Fähren ist zu differenzieren zwischen der Gesellschaft FBS (Fähren Bremen–Stedingen GmbH) als voll funktionsfähige und erfolgreiche Gesellschaft für wesenquerende Verkehre und den Überlegungen zu weiteren Verkehren entlang der Weser:

Fähre Bremen–Stedingen GmbH (FBS)

Die FBS (gegründet 1993) betreibt mit rund 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den drei Fährstellen in Bremen-Nord Vegesack–Lemwerder, Blumenthal–Motzen und Farge–Berne insgesamt sechs Fährschiffe einschließlich eines Ersatzfährschiffs. Die FBS befördert an 365 Tagen im Jahr, sieben Tage die Woche und im 24 Stunden Betrieb insgesamt 5,2 Millionen Personen und 2,3 Millionen Fahrzeuge (Stand Dezember 2018) über die Weser.

Die Fährschiffe sind die „schwimmenden Brücken“ zwischen den Regionen Bremen-Nord und Landkreis Wesermarsch. Gesellschafter der FBS ist die Stadtgemeinde Bremen, vertreten durch SWH, und der Landkreis Wesermarsch.

Die FBS hat seit 2012 über 14 Millionen Euro aus eigener Kraft in drei neue Fährschiffe investiert ohne Zuschüsse der Gesellschafter, um den gewachsenen verkehrlichen Anforderungen mit modernen und leistungsfähigen Fährschiffen begegnen zu können. Der letzte Fährschiffneubau FS Farge

hat einen dieselektrischen Hybridantrieb, um Kraftstoff und damit schädliche Emissionen einzusparen. Darüber hinaus erprobt die FBS aktuell den Einsatz des emissionsarmen Treibstoffs GTL (Gas to Liquid).

Die Fährtarife der FBS für Fußgänger und Radfahrer sind nicht in den VBN-Tarif eingebunden. Eine Einbindung in den VBN-Tarif wäre mit Einnahmeausfällen verbunden und somit wirtschaftlich nur möglich, wenn öffentliche Zuschüsse zum Ausgleich der Einnahmeausfälle gewährt werden würden. Im Haushalt Häfen (entsprechend der gesetzlichen Definition auf Bundes- und Landesebene gehören Fähren nicht zum ÖPNV) stehen jedoch keine Mittel zur Verfügung. Aktuell liegt ein Antrag des Beirates Vegesack nach Anpassung der Fährtarife für Fußgänger mit und ohne Rad entsprechend den beabsichtigten Veränderungen im ÖPNV-Tarif vor.

Planung einer Fährverbindung Gröpelingen/Waterfront – Überseestadt/Waller Sand/Überseestadt – Woltmershausen/Längsverkehre (Federführung bei SWAE)

Machbarkeitsstudie Fährverkehre auf der Weser und im Wendebecken (Holz- und Fabrikenhafen/Getreidehafen) (Federführung bei SWAE)

Aktuell geplant wird die Erstellung einer Machbarkeitsstudie. Mit Hilfe eines Leistungsverzeichnisses wird eine Auftragsvergabe vorbereitet. Es erfolgt eine Gliederung in drei Teilstudien wie folgt:

- a. Fährbetrieb im Wendebecken (Holz- und Fabrikenhafen/Getreidehafen) (Gröpelingen – Überseestadt)
- b. Fährbetrieb Weser-Querung (Gröpelingen – Überseestadt – Woltmershausen/Rabblinghausen)
- c. Fährbetrieb Längsverkehre auf der Weser (Gröpelingen – Überseestadt – Woltmershausen/Rabblinghausen – Altstadt – Peterswerder) mit Ergänzungsvariante Schnellfähre Bremen-Mitte – Bremen-Nord
- d. Prüfung der Kombination der Varianten a, b und c

Das Ziel der Studie ist die Herleitung und Erstellung einer qualifizierten Entscheidungsgrundlage (Machbarkeitsstudie) für weiterzuverfolgende Varianten der Fährverkehre oder – wenn nicht anders möglich – die Begründung für die Einstellung der Überlegungen zu der Thematik. Diese Studie soll konkrete Aussagen über die Möglichkeiten von Fährverkehren aufgrund betrieblicher/wirtschaftlicher, technischer, (planungs-)rechtlicher, infrastruktureller, städtebaulicher und weiterer relevanter Kriterien herleiten/treffen. Die mögliche Einbindung der Fährverkehre in den VBN-Tarif soll ebenfalls geprüft werden.

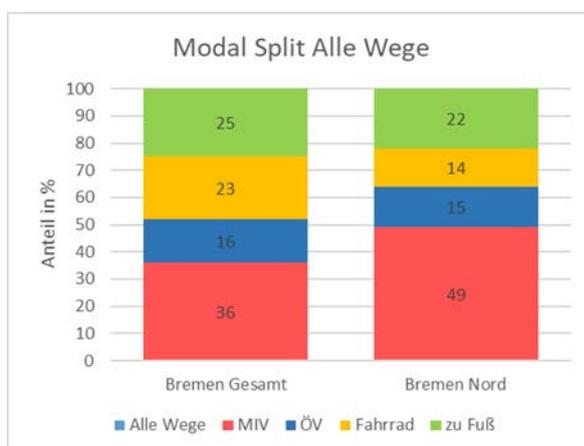
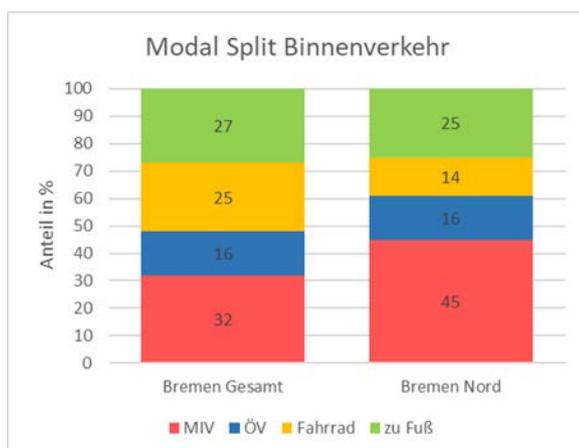
Erste Gespräche mit Beteiligten/Initiatoren haben bereits 2019 stattgefunden. Der Untersuchungsgegenstand der Fährverkehre ist aus dem IVK (Integriertes Verkehrskonzept Überseestadt) abgeleitet. Als IVK-Sofortmaßnahme ist die Variante a. definiert. Sie ist der Ausgangspunkt für das jetzige Handeln.

VEP-Maßnahmen

Die Straßen in Bremen-Nord sind relativ gut ausgebaut. Über die A 270 und Regio-S-Bahn ist Bremen Nord sehr gut erreichbar. Insgesamt besteht eine hohe Autoorientierung, welches sich auch im Modal-Split ausdrückt:

2013 wurde mittels einer repräsentativen Haushaltsbefragung das Verkehrsverhalten der Bremer (SrV 2013) untersucht. Beim Vergleich des Modal-Split von Bremen-Nord mit gesamt Bremen fällt auf, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) im Binnenverkehr und auch für alle Wege um 13 Prozentpunkte höher ausfällt (BV: Bremen 32 Prozent, Bremen-Nord 45 Prozent; Alle Wege: Bremen 36 Prozent, Bremen-Nord 49 Prozent). Dagegen ist es im Radverkehr genau anders: In Bremen-Nord werden 14 Prozent aller Wege mit dem Rad zurückgelegt. In der gesamten

Stadt sind es hingegen 25 Prozent (Binnenverkehr) und 23 Prozent bei allen gemachten Wegen. Die Unterschiede beim ÖV und im Fußverkehr sind gering.



Im Verkehrsentwicklungsplan 2025 gibt es zahlreiche VEP-Maßnahmen, welche Bremen-Nord betreffen. Besonders durch die Radpremiumroute D.15 (Bremen Nord – Innenstadt – Hemelingen) soll sowohl der Radverkehr in Bremen-Nord als auch die Anbindung an die Innenstadt verbessert werden. Auch viele ÖV-Maßnahmen betreffen Bremen-Nord. So sind zum Beispiel Taktverdichtungen und Ausbau der Haltepunkte geplant.

Davon sind bereits umgesetzt:

- Verlängerung der Peenemünder Straße zur Erschließung des Gesundheitsparks
- Umgestaltung Bahnhof Blumenthal
- Folgende Maßnahmen befinden sich in Bearbeitung:
- Einrichtung einer LSA am Knotenpunkt Friedrich-Klippert-Straße/Zur Vegesacker Fähre
- Verbesserung der Fahrbahnquerung im Bereich Georg-Gleistein-Straße/Kirchheide/Achterrut (Haltestelle Gustav-Heinemann-Bürgerhaus)
- Premiumroute HB-Nord – Innenstadt – Hemelingen
- Halbstundentakt auf der RS2
- Haltepunkt Grambke (Mit zurückliegenden Wohnbauentwicklungen, der aktuellen Bauleitplanung Friedensheimer Straße sowie mit Blick auf die Potenziale und Mehrbedarfe einer Nachnutzung des Schul-

zentrums Alwin-Lonke-Straße hat das BBN für Stärkung und Attraktivierung des, dem Zentrum Bremen nächstgelegenen Nordbremer Ortsteils Grambke die perspektivische Einrichtung eines zusätzlichen Haltepunktes im ISEK empfohlen. Jedoch ist zuvor ein Ausbau der Schieneninfrastruktur erforderlich.

Es gibt auch Maßnahmen, welche derzeit noch nicht betrachtet werden beziehungsweise zurückgestellt wurden:

- Anschluss der B74n an das Autobahndreieck Bremen-Industriehäfen
- Umbau Kreuzung Bremer Heerstraße/Hindenburgstraße
- Bessere Ampelschaltungen auf der Burger und Grambker Heerstraße
- Zeitweise Freigabe der Fußgängerzone Vegesack für den Radverkehr

Hier wird der Vorschlag gemacht, dazu einen Verkehrsversuch durchzuführen. Der Radverkehr in Bremen-Nord soll generell gefördert werden.

- Straßenbahnverlängerung Oslebshausen
- Verlängerung des Viertelstundentakts auf der RS1 über Vegesack hinaus bis nach Blumenthal
- Haltepunkt Marßel
- Haltepunkt Farge Ost.

A270

Sanierung A270

Die A270 befindet sich in einem verkehrssicheren Zustand. Eine umfangreiche Sanierung ist aktuell nicht vorgesehen. Notwendige Erhaltungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit werden fortlaufend durchgeführt.

Ab 1. Januar 2021 ist „Die Autobahn GmbH des Bundes“ für die Bundesfernstraßen im Land Bremen zuständig.

Anliegerbeiträge/Erschließungen/Straßenverkehrsregelungen/Ingenieurbauwerke

Anliegerbeiträge

Turnerstraße: Die Turner Straße wurde bis 2018 erstmalig erschlossen. Momentan werden die Bescheide (Ersterschließungsbeiträge der Anwohner) bearbeitet. Erst mit Vorliegen der „letzten“ Rechnung für die Baumaßnahme können die Anliegerbeiträge ermittelt werden. Nach derzeitigem Stand sollen diese 2021 erhoben werden. Gesetzesgrundlage für die Erschließungsbeiträge ist unter anderem Baugesetzbuch §§ 127ff.

Auf die Widerstände der Altanlieger gegen die Herstellung der Turnerstrasse wird verwiesen. Aus Sicht des BBN gefährdet dieser Umstand im Einzelfall neue Projektentwicklungen (siehe auch Billungstrasse, Cranzer Straße, In den Wellen).

Alhardstraße: Für die Alhardstraße ist vergleichbar mit der Turner Straße die Ersterschließung vorgesehen. Hierfür wird in einem ersten Schritt das Ortsamt kontaktiert. Hiernach sollen erste Planungsleistungen vom ASV vergeben werden.

Erschließungen für den Wohnungsbau

Das Amt für Straßen und Verkehr war in den vergangenen acht Jahren bei Verträgen für 13 Erschließungen mit über 500 Wohneinheiten in Bremen-Nord beteiligt.

Laut Bauamt Bremen-Nord (BBN) kommt wiederholte Kritik von der Bauwirtschaft bezüglich der hinsichtlich möglicher Entwicklungszeiträume

suboptimalen Koordination von Bauleitplanung und Erschließungsplanung (Gut Hoher Kamp, Billungstraße, Schlachthof).

Teil einer strategischen Bodenpolitik und fristgerechten, endverbraucherorientierten Wohnbauentwicklung wäre aus Sicht des BBN eine zumindest anteilige Wiederaufnahme von Erschließungstätigkeiten durch das ASV zur Aktivierung sonst gehemmter Entwicklungsflächen.

Straßenverkehrsregelungen/Verkehrstechnik/Ingenieurbauwerke:

Das ASV begleitet/prüft diverse Maßnahmen auch aus dem Stadtbudget (unter anderem Fußgängerüberwege Höhe Blumenhorster Weg, Löhstraße, Richthofenstraße, Bremerhavener Heerstraße).

Die Querungshilfe Kreinsloger Straße wurde 2018/2019 umgesetzt.

In der folgenden Tabelle sind die Maßnahmen Ingenieurbauwerke von 2017 bis 2021 (Ausblick) für Bremen Nord zusammengestellt.

Jahr	Bw	Maßnahme	Stand
2017			
	473-1 Trog Heidbergstift	Fahrbahnbelag mit Abdichtung, Kappeninstandsetzung, Asphalt-Ükos	abgeschlossen
	615-2 Treppenanlage Brücke Schönebecker Str.	Stufenbelagserneuerung, Geländerbeschichtung	abgeschlossen
	956 Brücke Auf dem Steinberg, Knoop's Park	Erneuerung des Korrosionsschutzes	abgeschlossen
	828-3 Holzstützwand auf LSW, Kreinsloger	Erneuerung der Holz-Elemente	abgeschlossen
2018			
	614 Brücke ,Veogesacker Heerstr.	Fahrbahnbelag mit Abdichtung, Erneuerung Üko, Kappeninstandsetzung	abgeschlossen
	614 Brücke Veogesacker Heerstr./ A 270	Erneuerung der Rückhaltesysteme unter dem Bw im Zuge A 270	abgeschlossen
	906-1 Brücke Meinert-Löffler-Str.	Erneuerung des Überbaus	abgeschlossen
	933 Brücke Bremerhavener Heerstr.	Belagsinstandsetzung	abgeschlossen
	473-6 VZB Heidbergstift	Ersatzbau	abgeschlossen
2019			
	614 Brücke Veogesacker Heerstr.	Umlegung der Bushaltestellen, Neubau der Haltebereiche	abgeschlossen
	918/919 Holzbrücken in Blumenthal	Überbauerneuerung einschl. Er-tüchtigung der Unterbauten	bis auf Restarbeiten abgeschlossen
	452 Brücke Borchshöher Str.	Geländererneuerung	abgeschlossen
	551 Unterführung Fährer Flur	Geländererneuerung	vergeben, Pläne liegen vor
	615-A Treppe zum Gleis, Brücke Schönebecker Str.	Stufenbelagserneuerung, Geländerbeschichtung	vergeben, Ausführung hat begonnen
	2150-xxx VZB Ihlpohl	Korrosionsschutz bei 7 Verkehrs-zeichenbauwerken erneuern	Ausführung hat begonnen
	7300-3 LSW Ihlpohl, A 27	Austausch Elemente wg. eines Brandschadens	Vergeben, soll im November/Dezember abgeschlossen werden
	LSW-Bauwerke A 270	Instandsetzung der LSW einschl. teilweisem Austausch der Elemente aufgrund von Sturmschäden	Vergeben, soll im November/Dezember abgeschlossen werden
	959 Brücke Oberreihe	Sicherung der Widerlager durch Schutzzaun	abgeschlossen
	201 Lesumbrücke Burg	Einbau VES in Teilbereichen	abgeschlossen

Weitere Themen (Bauamt Bremen-Nord [BBN])

Carsharing-Entwicklung

Das Angebot ist derzeit aus Sicht von Ortpolitik und Öffentlichkeit unattraktiv. Das BBN versucht im Rahmen von Mobilitätskonzepten bei größeren Vorhaben (Lesumpark, Hafenuartier, Cranzer Straße) die Schaffung von zusätzlichen Car-Sharing-Standorten zu erreichen.

Verwaltungsabläufe

Hinzuweisen ist auf den geplanten Beginn einer Digitalisierung des Bauaktenarchivs BBN mit je 150 000 Euro pro Jahr ab 2020 im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung.

14. Kulturelle Entwicklung

(Zuständiges Ressort: Senator für Kultur)

In Bremen-Nord existiert eine große Bandbreite an kulturellen Angeboten in den Stadtteilen. Seit einigen Jahren wird das strukturierte Ineinandergreifen von zentralen und dezentralen Kulturangeboten als Chance zur eigenen Weiterentwicklung der einzelnen Institutionen und Vernetzung untereinander begriffen.

Die Gesamtschau der vielfältigen kulturellen Einrichtungen und Programme in Bremen-Nord verdeutlicht das gemeinsame Ziel, einem immer diverser werdenden Publikum gerecht zu werden, kulturelle Bildung als Querschnittsaufgabe zu verstehen und die Kulturszene im Dialog der Akteurinnen und Akteure untereinander und mit dem Senator für Kultur weiterzuentwickeln. Es geht darum, die aktive wie passive Teilhabe an Kultur zu ermöglichen. Kulturelle – und damit auch gesellschaftliche – Bildung vermittelt Wissen über Kunst und Kultur, ermöglicht eigene künstlerische und kreative Aktivitäten und schafft Zugänge zu aktuellen künstlerischen Positionen und Ausdrucksformen (darüber hinaus vergleiche Ziffer I 1 sowie den Kulturförderbericht KULTUR IN BREMEN).

15. Sicherheit und öffentliche Ordnung

(Zuständiges Ressort: Senator für Inneres)

a) Verkehrsmaßnahmen der Polizei Bremen im örtlichen Zuständigkeitsbereich des Polizeikommissariats (PK) Nord

Im Bereich Lesum wurden im Jahr 2019 allein durch Kräfte des Polizeireviers Lesum 20 Verkehrskontrollen im Bereich der Hindenburgstraße, Bremerhavener Heerstraße, in weiteren „Zone 30“-Gebieten sowie vor Schulen und Kitas durchgeführt. Im Bereich der Verkehrssicherheit befindet sich das PK Nord im ständigen Austausch mit dem Ortsamt. Eine Unterstützung des Ortsamtes bei der Überprüfung der Verkehrsbelastung der Bremer Heerstraße erfolgte.

Die im Konzept benannten Straßen im Bereich Blumenthal im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit werden schwerpunktmäßig überwacht. Im Stadtteil Blumenthal konnten 24 Verkehrskontrollmaßnahmen durchgeführt werden. Ergänzend wurden im Jahr 2019 vier Gefahrgutkontrollen pro Fährer an Bord der Fähren Vegesack/Lemwerder umgesetzt. Darüber hinaus erfolgten sporadische einzelne Kontrollen der Gefahrgutklasse 7 (Überprüfung der Radioaktivität) im Bereich des ehemaligen Bremer Vulkans.

Das zuständige Referat der Verkehrspolizei führt zudem im Bereich des PK Nord Maßnahmen der Geschwindigkeits-, Rotlicht- und Abstandsüberwachung durch. Im Jahr 2019 wurden Kontrollen mit einer Messzeit von 107,75 Stunden erfasst. Die gezielte Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs wird von der spezialisierten Verkehrsüberwachung durchgeführt und orientiert sich maßgeblich an den Bremer Autobahnen sowie den Güterverkehrszentren. Dort

stehen für geplante Kontrollmaßnahmen ausreichend Abstellflächen für LKW und Busse zur Verfügung (zum Beispiel am Autohof Hemeelingen). Gleichwohl wird der Bremer Norden im Rahmen der Streife mit abgedeckt. Die Kontrollaktivität erfolgt hier stichprobenartig.

b) Umsetzungstand der Reform in der Polizeiabteilung E 7 (Nord/West)

Im Zuge der Polizeireform 2600 ist die Polizeiinspektion Nord (S 9) in der Abteilung Nord-West (E 7) aufgegangen. In diesem Zuge wurden zwei Polizeikommissariate eingerichtet, das PK West und das PK Nord. Das PK Nord verfügt aktuell über zwei Einsatzdienststandorte (Bremen-Lesum und Bremen-Blumenthal) mit der Referatsleitung im Gebäude Vegesack. Nach der Fertigstellung der neuen Räumlichkeiten in Vegesack werden sie dort als E 71 zu einem Einsatzdienst an einem Standort zusammengeführt. Die Revier- und Einsatzdienste, die Teilintegration sowie die zentralisierte Anzeigenaufnahme der ehemaligen Sachgebiete S 91, S 92 und S 93 wurden reformbedingt bereits als Referat Regionaler Einsatz E 72 am Standort Vegesack konzentriert.

Diese Einheit nimmt die Schwerpunktmaßnahmen für den gesamten Bremer Norden wahr. Die Zentrale Anzeigenaufnahme für den Bereich Bremen-Nord wurde im Zuge der Reform am Standort Vegesack eingerichtet.

Am Standort Blumenthal (Heidbleek) sind aktuell neben dem Revier Blumenthal der Einsatz- und Streifendienst untergebracht. Es gibt Überlegungen, das Rathaus Blumenthal zu sanieren und durch die Polizei sowie weitere Einrichtungen (Volkshochschule, Paritätische Dienste, Externe) zu nutzen. Derzeit liegt eine vorläufige Machbarkeitsstudie von Immobilien Bremen vor, in der diese Nutzungsoptionen untersucht wurden. Darauf aufbauend wird eine Kostenannahme für die Sanierung des Rathauses erstellt, auf deren Basis dann das weitere Vorgehen entschieden wird.

Für die vier Außenposten in Grambke, Marbel, Lüssum und Farge sind mit Ausnahme des Außenpostens Farge keine Veränderungen geplant. Auf Basis des „Konzepts zur Neustrukturierung der Freiwilligen Feuerwehren der Stadtgemeinde Bremen“ wird auf dem Grundstück in der Farger Straße 134 ein Neubau für die Freiwillige Feuerwehr und für die Polizeistation Farge errichtet. Die Grundsteinlegung hat bereits am 22. Januar 2020 stattgefunden und die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Die Funktionsgruppen „Kontaktdienst“ und „Verkehrssachbearbeitung“ werden auch nach der Reform an den Standorten Lesum, Vegesack und Blumenthal verbleiben. Im Bereich der Verkehrssachbearbeitung sind alle drei Funktionsstellen besetzt. Im Bereich des Kontaktdienstes (E 73) sind insgesamt 15 der 17 Funktionsstellen besetzt. Eine Nachbesetzung der altersbedingten Personalabgänge sowie der unbesetzten Stellen erfolgt im Zuge des beschlossenen personellen Aufwuchses der Polizei Bremen.

c) Einbindung benachbarter (Sicherheits-)Behörden

Die Polizei Bremen betreibt aktiv eine Kooperation mit benachbarten Sicherheitsbehörden. Besonders hervorzuheben sind die Kooperationen mit den niedersächsischen Polizeidienststellen Osterholz und Delmenhorst, die jeweils für die angrenzenden Revierbereiche zuständig sind sowie der Bundespolizei und dem Ordnungsamt.

d) Präventionsrat Nord/Netzwerkarbeit

Der Präventionsrat Bremen-Nord ist ein aktiver Treiber in der Präventionsarbeit im Bremer Norden. Lokale Polizeivertreter sind aktiv im Vorstand und vernetzen so die Aktivitäten des Präventionsrates mit denen der Polizei Bremen. Der Präventionsrat arbeitet mit einem Netz-

werk verschiedener Akteure der drei Nordbremer Stadtteile zusammen. Als gemeinsame Projekte wären im Bereich der Verkehrssicherheit das Thema „Crash-Bikes“ und im Bereich Prävention das Thema „Taschendiebstahl“ zu nennen. Hier klären die Präventionsratsmitglieder zusammen mit den KOP bei öffentlichen Aktionen über Taschendiebstähle auf. Diese fanden in Zusammenarbeit mit einigen E-Centern in allen drei Stadtteilen von Bremen-Nord statt. Im Bereich der Gewaltprävention wird ein Projekt an Schulen vorangetrieben, in dem durch Einsatz von Technikbaukästen der sprachunabhängige Werkunterricht gefördert wird. Der Präventionsrat Bremen-Nord betreibt Präventionsarbeit beispielsweise durch Schaffung des Freizeitangebots Disc-Golf (Bahrsplate Blumenthal).

e) Maßnahmen des Ordnungsamts Bremen

Das Ordnungsamt Bremen ist mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ordnungsdienstes im Bremen-Nord aktiv und plant, sein Engagement perspektivisch auszubauen. Die tägliche Aufgabenwahrnehmung erfolgt in enger Absprache mit den örtlichen Polizeidienststellen. Synergieeffekte im Rahmen der allgemeinen Aufgabenwahrnehmung zwischen Polizei und Ordnungsdienst werden genutzt, um eine möglichst effiziente und effektive Dienstleistung in den Stadtteilen zu erbringen.

Die Aktivitäten des Ordnungsdienstes können den Punkten Wohnen und Freiräume zugeordnet werden und zielen insgesamt auf eine Aufwertung des Stadtteils und der öffentlichen Räume ab. Die aktuellen Maßnahmen lassen sich wie folgt darstellen:

Auf Initiative des Ordnungsamtes sind zuletzt auf der Grundlage des Bremischen Wohnungsaufsichtsgesetzes stadtweit Vor-Ort-Überprüfungen von Wohnhäusern vorgenommen worden. Die einschreitenden Kräfte sind dabei in mehreren Fällen auf verwaarloste Gebäude und Wohnungen gestoßen. In mehreren Fällen haben die Überprüfungen zu einer Verbesserung der Wohnverhältnisse geführt. Weitere Vor-Ort-Besichtigungen sind geplant. Aus Sicht des Senators für Inneres ist das Wohnungsaufsichtsgesetz ein wirksames Mittel, um prekären Lebens- und Wohnverhältnissen entgegenzutreten, die Vorgaben aus Artikel 14 Absatz 1 der Bremischen Verfassung bezüglich der Sicherstellung angemessenen Wohnens umzusetzen und insgesamt Quartiere vor der Negativausstrahlung verwaarloster Immobilien zu schützen. Auch in Bremen-Nord sollen perspektivisch Immobilien überprüft werden. Es hat bereits Begehungen und Ansprachen gegeben.

Der Ordnungsdienst geht in Abstimmung mit der Bremer Stadtreinigung zunehmend gegen illegale Müllentsorgung auf öffentlichen und privaten Flächen vor. Auch diese Maßnahmen sollen perspektivisch ausgebaut werden. Sie dienen ebenfalls der Aufwertung öffentlicher Räume und dem Schutz von Quartieren gegen eine Negativausstrahlung vermüllter Grundstücke. In Bremen-Nord erfolgen Kontrollen und Ansprachen insbesondere im Rahmen der üblichen Streifengänge.

Der Senator für Inneres hat 2018 einen Erlass verabschiedet, der das Umsetzen, Abschleppen, Sicherstellen und Verwahren von sogenannten Schrottautos in der Stadtgemeinde Bremen durch Angestellte im Polizeidienst (AiP) des Ordnungsamtes sowie Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PvB) der Polizei Bremen regelt. Auf der Grundlage des Erlasses wurden bereits zahlreiche Fahrzeuge aus dem öffentlichen und privaten Raum entfernt. Der Erlass und die anhaltende Abschlepppraxis dienen ebenfalls der Aufwertung öffentlicher Räume und dem Schutz von Quartieren gegen eine Negativausstrahlung durch Schrottfahrzeuge. Auch in Bremen-Nord wurden bisher mehrere Fahrzeuge auf der Grundlage der geschilderten Erlasslage entfernt.

Der Ordnungsdienst hat auch in Bremen-Nord seine Präsenz in Grünanlagen und Landschaftsnaturgebieten erhöht. Perspektivisch soll diese Präsenz weiter ausgebaut werden. Schwerpunkte der Bestreifung entsprechender Bereiche waren bisher die Überwachung des Hundefreilaufs, Einhaltung der Vorgaben des Jugendschutzgesetzes sowie die Ahndung sonstiger Ordnungswidrigkeiten. Die verstärkte Bestreifung dient ebenfalls der Aufwertung des Stadtteils, der Steigerung der Aufenthaltsqualität und des subjektiven Sicherheitsgefühls auf öffentlichen Grünflächen.

Zudem werden Kinderspielplätze stärker in den Fokus von Kontrollen gerückt. Der Senator für Inneres hat 2019 in diesem Zusammenhang den Erlass „Bußgeldbewährtes Verhalten auf Kinderspielplätzen“ verabschiedet, der die Höhe der Bußgelder für das Rauchen, das Lagern in Verbindung mit Alkoholkonsum und das Mitführen von Hunden auf Kinderspielplätzen festlegt, um Rechtssicherheit und ein einheitliches Vorgehen bei der Ahndung bußgeldbewährten Verhaltens auf Kinderspielplätzen sicherzustellen. Schließlich ist eine Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung geplant, um weitere Vorgaben im Hinblick auf das Verhalten auf Kinderspielplätzen über die bereits geltenden Regelungen hinaus festzulegen (insbesondere: Verbot von Alkohol- oder Betäubungsmittelkonsum, Verbot der nicht sachgerechten Müllentsorgung, Grillverbot). Kontrollen und Ansprachen erfolgen im Rahmen der üblichen Streifengänge vor Ort.

Ein weiterer Schwerpunkt bildet die Ahndung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Hinblick auf das Fahrradfahren in Fußgängerzonen. In diesem Zusammenhang erfolgen regelmäßige Kontrollen im Rahmen der Streifgänge sowie vereinzelt auch konzentrierte Aktionen.

Der Ordnungsdienst führt schließlich Streifen und Kontrollen im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen (insbesondere Vegesacker Hafefest, Vegefest, Festival Maritim) durch. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten und die Sicherstellung der Einhaltung der jugendschutzrechtlichen Vorgaben.

II. Blumenthal

1. Rathaus Blumenthal; Perspektiven

(ISEK Nummer 5.1/Seite 24; zuständiges Ressort: Senator für Kultur [SK])

Das Rathaus Blumenthal soll erhalten bleiben und für den Bezug von unterschiedlichen Einrichtungen saniert werden. In das Gebäude sollen

- die Volkshochschule (insbesondere sollen hier Räume für Integrations- und Sprachkurse vorgehalten werden. Angedacht ist dabei, Räume auch für eine parallele Kinderbetreuung vorzuhalten. Dieses Modell funktioniert bereits gut in der Neustadt und in Gröpelingen.)
- die Stadtbibliothek (plus einer Serviceeinrichtung, wie sie in der Stadtteilbibliothek in West vorhanden ist). Die Stadtbibliothek soll in das ehemalige Bibliotheksgebäude rechts vom Rathaus Blumenthal einziehen. Dazu braucht es aber räumliche Ergänzungen. Hierzu ist ein kleiner Anbau angedacht, der unter anderem Besprechungs- und Personalräume für die Stabi vorsieht.
- die Polizei.

Gepprüft dabei werden soll, ob das Gebäude nicht auch eine Kita beherbergen könnte. Das scheint aber problematisch, weil es bestimmte Gruppengrößen geben müsste, die derzeit nicht passen würden.

Mit dem Heimatverein Blumenthal (Burg Blomendal), dem Förderverein Kämmeremuseum Blumenthal (BWK-Gelände) und DOKU Blumenthal (ehemaliges Schulgebäude am Schillerplatz) ist eine ungewöhnliche

Dichte an Archiven für Lokalgeschichte gegeben, die im Nachbarstadtteil Vegesack auch noch von dem Heimat- und Museumsverein für Vegesack und Umgebung (Schloss Schönebeck) ergänzt wird. Ihre ehrenamtliche Arbeit wird bei fachspezifischen Fragen vom Staatsarchiv Bremen und dem Landesamt für Denkmalpflege professionell unterstützt. Diese kooperative Zusammenarbeit zwischen etablierten Institutionen und Bündnissen der Zivilgesellschaft wird vom Senator für Kultur ausdrücklich begrüßt.

Auf dem BWK-Gelände der ehemaligen Bremer Woll-Kämmerei wird gleichfalls ein stadtteilbezogenes Dokumentationsarchiv mit Schriftstücken, Fotografien und einigen Objekten vom Förderverein Kammereimuseum Blumenthal betrieben. 2009 war hier nach 125 Jahren die Verarbeitung von Rohwolle endgültig eingestellt worden. 2012 wurden Teile des Geländes unter Denkmalschutz gestellt. Die Blumenthaler Kultureinrichtungen sind dabei, zusammen mit dem Ortsamt ein Konzept für eine soziokulturelle Erschließung des Geländes zu entwickeln. 2017 gastierte hier das Straßentheaterfestival La Strada für einen Tag, erstmals fand hier 2018 das 13-Grad-Festival statt. Insgesamt siehe zur Entwicklung des Gewerbegebiets BWK Punkt 12.

2. Maßnahmen der Polizei

(zuständiges Ressort: Senator für Inneres)

Im Stadtteil befindet sich das durchgehend geöffnete Polizeirevier Blumenthal, mit den im polizeilichen Fokus stehenden „Örtlichkeiten Blumenthal Zentrum“ mit der Mühlenstraße und der George-Albrecht-Straße und deren näherer Umgebung.

Sicherheit und konkrete Maßnahmen

Im Jahr 2019 wurden im Stadtteil Blumenthal 78 Schwerpunktmaßnahmen im Bereich der Einbruchskriminalität durchgeführt. Bei diesen Maßnahmen hat es sich um offene und verdeckte Streifenfahrten, proaktive Personenkontrollen und Durchsuchungen von Fahrzeugen sowie mitgeführten Gegenständen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten gehandelt.

Im Rahmen des Zusammenschlusses der Gewerbetreibenden in Blumenthal unter dem Namen „Blumenthal Aktiv“ werden wie in den anderen Stadtteilen im Bereich des PK Nord Treffen organisiert, an denen der zuständige Kontaktpolizist (KOP) teilnimmt und Netzwerkarbeit betreibt.

Weiterhin wurde in Zusammenarbeit mit einem toom-Baumarkt in Blumenthal ein Informationsstand zum Thema „Einbruchsprävention“ aufgebaut. Unter Zuhilfenahme von modernen und besonders zu sicherndem Fenster-/Türgriffen wurden themenspezifische Inhalte vermittelt. Zusammen mit der BSAG wurde zudem vor dem E-Center in der Straße Kreinslooger ein weiterer Informationsstand zum Thema Einbruchsprävention betrieben.

Umfeld George-Albrecht-Straße

Die George-Albrecht-Straße stellt weiterhin einen der Schwerpunkte der Revierarbeit dar. Die Polizei Bremen ist zusammen mit dem Ortsamt, dem Bremen-Nord-Beauftragten, dem Senator für Inneres, Vertretern der Schulen sowie Vertretern weiterer Ressorts Mitglied in der Arbeitsgruppe „George-Albrecht-Straße“. Die KOP halten im Rahmen ihrer Netzwerkarbeit Kontakt zu den Anwohnern im Umfeld und sind zudem im Arbeitskreis Blumenthal und im Quartiersrat vertreten.

3. Kindertagesstätten

(ISEK Nummer 5.3.3.; zuständiges Ressort: SKB)

Im Stadtteil Blumenthal wurden beziehungsweise werden folgende Kita-Neubauprojekte umgesetzt:

Fertiggestellt:

- Kapitän-Dallmann Straße, eröffnet Februar 2019
- In Planung/Umsetzung:
- Herrschaftliche Tannen (2020)
- Bunte Weser/Lüssumer Straße (2020)
- Farger Straße (2021)

4. Schulen

(ISEK Nummer 5.3.3.; zuständiges Ressort: SKB)

Die Schulstandortplanung aus November 2018 sieht für Blumenthal vor, die schulischen Kapazitäten insgesamt um 364 Plätze im Grundschulbereich sowie um 552 Plätze im Sekundarbereich I auszubauen. Alle Grund- und Oberschulen sollen zu Ganztagschulen ausgebaut werden.

Schule Farge-Rekum	Ersatzneubau der bislang in zwei einzügige Dependancen aufgeteilten Schule als dreizügige Grundschule
Schule an der Wigmodistraße	Ausbau zur Ganztagschule
Schule Rönnebeck	Ersatzneubau der bislang in zwei einzügige Dependancen aufgeteilten Schule als dreizügige Grundschule
Schule am Pürschweg	Ausbau der bislang dreizügigen zu einer vierzügigen Grundschule; Ausbau zur Ganztagschule
Oberschule an der Lehmhorster Straße	Ausbau der bislang dreizügigen zu einer vierzügigen Oberschule
Oberschule an der Egge	Ausbau der bislang dreizügigen zu einer fünfzügigen Oberschule
Oberschule In den Sandwehen	Ausbau der bislang fünfzügigen zu einer sechszügigen Oberschule; Einrichtung eines Klassenzugs für die inklusive Beschulung im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung im Verbund mit dem Beschulungsangebot an der Tami-Oelfken-Schule

Der Ausbau der Schulen an der Wigmodistraße und am Pürschweg sowie der Oberschule an der Lehmhorster Straße wurde bereits begonnen. Das Gesamtprojekt Oberschule an der Egge/Verlagerung des Schulzentrums Blumenthal an den Campus Nord wurde in das erste Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Schulstandortplanung aufgenommen.

5. Begegnungsstätten

(ISEK Nummer 5.3.3.; zuständiges Ressort: SJIS)

Vier der sieben Begegnungsangebote für ältere Menschen in Bremen-Nord befinden sich im Stadtteil Blumenthal (Seniorenzentren Blumenthal,

Rönnebeck und Farge sowie das MGH in Lüssum). Sie sind bewährte Anlaufpunkte mit hoher Nachfrage und unentbehrlich als offene Orte, an denen man zusammenkommen, sich austauschen und selbst aktiv sein kann. Neben der laufenden Förderung wird auch Wert auf Investitionen gelegt. So ist es in Bremen-Farge gelungen, den Eingang barrierefrei umzubauen, so dass auch Rollstuhlfahrer in das Gebäude gelangen können.

6. Verkehrskonzept Blumenthal

(ISEK Nummer 5.3.1.3.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Das alte Stadtteilzentrum von Blumenthal um Marktplatz und Mühlenstraße hat im vergangenen Jahrzehnt zunehmend an Bedeutung verloren. Dieser Bedeutungsverlust wurde nicht zuletzt durch die Ansiedlung des Fachmarktzentrums an der Weserstrandstraße begünstigt und dokumentiert sich unter anderem in den zahlreichen Leerständen im Zuge der ehemals prosperierenden Mühlenstraße.

Der besondere Förderbedarf des Blumenthaler Zentrums wird nach wie vor von der Regierungskoalition anerkannt und ist auch im aktuellen Regierungsprogramm verankert.

Verkehrlichen Aspekten kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu, um das alte Stadtteilzentrum um Mühlenstraße und Marktplatz mit dem neuen Stadtteilzentrum an der Weserstrandstraße zu verbinden und so ein zusammenhängendes attraktives Stadtteilzentrum zu schaffen, das nicht in zwei Teile zerschnitten wird. Im Jahr 2014 wurde dementsprechend ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches auf der Grundlage einer umfassenden Bestandsanalyse ein Verkehrskonzept für das Stadtzentrum Blumenthal entwickelte.

Das Gutachten beschäftigte sich mit Aspekten der Netzplanung, um die Erreichbarkeit des alten Blumenthaler Zentrums zu verbessern, wie auch mit Fragen der Querschnittsgestaltung, um eine höhere Aufenthaltsqualität im Straßenraum zu schaffen. In Abstimmung mit dem Beirat verständigte man sich auf eine Vorzugsvariante, die den Marktplatz öffnet. Eine Verbesserung der Quermöglichkeiten für den Fuß- und Radverkehr entlang der Landrat-Christians-Straße war ebenso vorgesehen wie verschiedene kleinteiligere verkehrsberuhigende Umbaumaßnahmen zur Entschleunigung des motorisierten Verkehrs.

Aufgrund von Personalengpässen ist eine weitergehende Bearbeitung derzeit durch das ASV nicht möglich.

Mit den fortschreitenden Planungen, die im Zusammenhang mit der Errichtung des Berufsschulcampus auf dem Gelände der ehemaligen Bremer Wollkammererei (BWK) stehen, ergeben sich allerdings grundlegend geänderte Rahmenbedingungen, die für eine Belebung des alten Blumenthaler Zentrums entscheidende Möglichkeiten bieten. Diese machen es aber auch erforderlich, das erarbeitete Verkehrskonzept neu zu betrachten und an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen. Dies betrifft insbesondere die Achse vom Bahnhof Mühlenstraße zum neuen BWK Campus, die einen nicht unerheblichen Teil der auf den Campus gerichteten Schülerverkehre bündeln wird und der dementsprechend eine entscheidende Bedeutung zukommt. Nicht zuletzt, weil sie über den Marktplatz laufend das alte Stadtzentrum Blumenthals durchquert.

Das Bauamt Nord arbeitet derzeit an einer Deputationsvorlage zur bauleitplanerischen Überarbeitung des historischen Zentrums in Abstimmung mit den Ergebnissen und Erfordernissen der Rahmenplanung Berufsschulcampus BWK.

7. IEK Lüssum

(zuständiges Ressort: SKUMS)

Am 28. November 2019 wurde die städtische Deputation Mobilität, Bau und Stadtentwicklung (MOBS) über die Erstellung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes für einen Teilbereich von Lüssum-Bockhorn zwecks Beschlussvorbereitung zur Festlegung eines Städtebauförderungsgebietes zum Jahresende 2020 informiert. Ab 2021 werden dann Fördermaßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung, insbesondere im Bereich Lüssumer Heide, zu erwarten sein.

8. WiN: Lüssum und Blumenthal

(zuständiges Ressort: SKUMS)

Laut vorliegendem, aber noch nicht beschlossenen weiteren Vorgehen mit dem Programm WiN wird folgendes für die Programmgebiete im Bremer Norden vorgeschlagen:

- a) Lüssum als eines von sieben Gebieten erhält weiterhin die Basisfördersumme von 100 Prozent

Bei diesen sieben Quartieren werden aufgrund der gleichbleibenden statistischen Lage keine Änderungen am bisherigen Status vorgenommen.

- b) Blumenthal als eines von fünf Gebieten mit einer Basisfördersumme von 50 Prozent

In Blumenthal wurde zuletzt eine flankierende WiN-Förderung mit einem Gebietsbudget in Höhe von 20 000 Euro und einem „reduzierten Quartiersmanagement“ umgesetzt. Angesichts des oben skizzierten Umstandes, dass hier jeweils zwei statistische Quartiere mit einem jeweils sehr niedrigen Index in einer für WiN relevanten Größenordnung identifiziert wurden, ist die Übernahme dieses Gebiets in eine aktive WiN-Förderung mit einer Basisfördersumme von 50 Prozent und einer Aufstockung beziehungsweise Wiederaufnahme der Quartiersmanagements angezeigt.

9. IEK Blumenthal

(ISEK Nummer 5.3.2.2.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Bildungscampus BWK ist auch eine weitergehende Befassung mit den Defiziten und Entwicklungsmöglichkeiten im historischen Zentrum Blumenthals geplant. Neben der Prüfung des besonderen Städtebaurechts/der Städtebauförderung bereitet das Bauamt Bremen-Nord auf Basis der vorliegenden Analysen, Potenziale und politischen Forderungen ein Bauleitplanverfahren zur Steuerung der städtebaulichen Entwicklung im Ortskern vor.

10. Bahnhof Blumenthal

(ISEK Nummer 5.3.2.1.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Zur funktionalen und gestalterischen Auswertung des Stadtteileingangs am Jenny-Ries-Platz wurde nach gestalterischer Vorabstimmung von der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung am 13. Februar 2020 der Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 112 gefasst. Im Wege einer Sanierung und baulichen Ergänzung sollen eine Sparkassenfiliale, Bäckerei/Café und Arztpraxen in Verbindung mit einem Carsharing-Angebot den Verkehrsknotenpunkt weitergehend attraktiver machen.

11. Rönnebecker Weserufer

(ISEK Nummer 5.3.2.1.; zuständiges Ressort: SKUMS)

In Haushaltsentwurf des Ressorts sind nach gerichtlicher Klärung der Unzulässigkeit einer Steinbrecheranlage zur weitergehenden Entwicklung des Bebauungsplanes 1229 Mittel in Höhe von je 50 000 Euro in 2020/2021 für die Erstellung eines Lärmgutachtens sowie die Weiterentwicklung des

Projektes inklusive Hochwasserschutz (HWS) eingestellt. Ziel ist die Gewinnung privater Investoren für das bis zu 250 WE große Wohnquartier an der Weser und dessen nachträgliche Integration in die staatliche HWS-Linie.

12. Weiterentwicklung des Gewerbegebiets BWK

(ISEK Nummer 5.3.1.1., zuständiges Ressort: SWAE)

Zur Integration eines Berufsbildungscampus unter Berücksichtigung von Entwicklungspotenzialen für die Ansiedlung von kleinteiligem Gewerbe und Handwerk wurde 2019 die planerische Standortqualifizierung des Gewerbegebietes BWK in die Wege geleitet. Die Integration eines Berufsschulcampus kann nicht nur der Aufwertung des Stadtteilzentrums dienen, sondern auch einen wichtigen Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen – insbesondere für Handwerksbetriebe – auf den noch beziehungsweise zukünftig freien und erschlossenen Gewerbeflächen darstellen, die einen erheblichen Bedarf an Fachkräften verzeichnen.

In einem konkurrierenden Werkstattverfahren wurden von September bis Dezember 2019 im Sinne einer Mehrfachbeauftragung kooperativ und diskursiv Entwicklungsvorschläge für das BWK-Gelände erarbeitet. Die konkurrierende Aufgabenstellung hat zu unterschiedlichen planerischen Beiträgen geführt, die von einem Begleit- und Entscheidungsgremium diskutiert und gegeneinander abgewogen wurden. Das ausgewählte Konzept bildet als Strukturkonzept die Grundlage für die zukünftige Flächennutzung.

Darauf aufbauend soll die jetzt anzugehende städtebauliche Rahmenplanung und das entsprechende Bauleitplanverfahren aufsetzen. Die Rahmenplanung ist 2020 zu konkretisieren. Die auf Basis des Strukturkonzeptes definierten Flächen für eine kleinteilige gewerbliche Entwicklung sind zeitnah zu entwickeln und aktiv zu vermarkten.

13. Bunker Valentin

(ISEK Nummer 5.3.2.3.; zuständiges Ressort: SWAE)

Mit dem Denkort Bunker Valentin wurde ein deutschlandweit einmaliger Informationsort geschaffen, der ganzjährig nationale und internationale Besucher anzieht.

Zur Verbesserung der Erschließungssituation sowie zur Einbeziehung des Außengeländes auch in der Dämmerung/Dunkelheit wurde die Beleuchtung auf dem Gelände, auf dem Rundweg und an den Zugängen eingerichtet. SWAE hat für diese Maßnahme rund 180 000 Euro bereitgestellt.

Auf diese Weise wurden den Sicherheitsansprüchen zur Nutzung des Außengeländes entsprochen und die Aufenthaltsqualität verbessert. Zudem sind so Kosteneinsparungen möglich, da keine externe Beleuchtung bei Veranstaltungen angemietet werden muss.

Durch die auch im ISEK dargestellte Randlage des Bunkers muss durch gezielte Strategien das Interesse an dem Denkort kontinuierlich geweckt beziehungsweise aufrechterhalten werden. Daher wird der Denkort unter anderem in die Lange Nacht der Museen eingebunden sowie intensiv im Rahmen des bereits unter I „Der Bremer Norden insgesamt“ dargestellten Freizeit- und Naherholungskonzepts Bremen-Nord an verschiedensten Maßnahmen beteiligt und mitbeworben.

III. Vegesack

1. Einrichtung eines Vernetzungstreffens/Arbeitskreises zu kulturellen Potenzialen in der Grohner Dühne

(ISEK Nummer 5.4.3.3., zuständiges Ressort: Senator für Kultur [SfK])

Im Austausch sollte das kulturelle Angebot im Umfeld der Grohner Düne erhoben und die Kommunikation zu laufenden kulturellen Projekten unter den Aktiven im Stadtteil verbessert werden. Es wurde deutlich, dass einige bereits bestehende Projekte für die Umsetzung teils konkrete Sachen anbieten können, aber auch spezifische Bedarfe haben.

Es wurden neue kulturelle Kooperationen ins Leben gerufen und Plattformen für die Verbesserung der Netzwerkarbeit eingerichtet (zum Beispiel digitale Aktivitätenliste, in der die laufenden kulturellen Freizeitangebote rund um die Grohner Düne einsehbar sind).

2. Maßnahmen der Polizei

(Zuständiges Ressort: Der Senator für Inneres (SI))

Das aktuelle Polizeirevier Vegesack ist als PK-Standort ungeeignet. Daher sollen für das künftige PK Nord Flächen im Stadtquartier „Zum Alten Speicher“ (ehemals Haven Hööv-Gelände) angemietet werden. Die Planungen sind weitgehend abgeschlossen und ein Mietangebot liegt vor. Derzeit werden die Mietvertragsverhandlungen geführt.

Sicherheit und konkrete Maßnahmen

Im Jahr 2019 wurden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des PK Nord 83 Schwerpunktmaßnahmen im Bereich der Einbruchskriminalität durchgeführt. Weiterhin wurden Gaststättenkontrollen rund um den Vegesacker Bahnhofplatz sowie Maßnahmen zur Überprüfung von Fahrrädern umgesetzt. Die Kontrolle hinsichtlich der Verkehrssicherheit aber auch der Abgleich mit dem polizeilichen Fahndungssystem standen hierbei im Vordergrund. Im Phänomenbereich Taschendiebstahl wurden Personenkontrollen und Präventionsgespräche mit der Bevölkerung in der Fußgängerzone, aber auch im Haven Hööv durchgeführt.

Der neue KOP hat im 4. Quartal 2019 seine Arbeit aufgenommen und betreibt aktiv Netzwerkarbeit mit den Gewerbetreibenden, der Bevölkerung und im speziellen auch im Umfeld der Grohner Düne. Diverse Einzelhändler aus Vegesack haben sich unter dem Namen „Vegesack Marketing“ zusammengeschlossen. Auch hier finden regelmäßige Treffen statt, um aktuelle Problemstellungen zu erläutern. Die Kontaktpolizisten vom Polizeirevier Vegesack nehmen an diesen Treffen teil.

Jährlich, etwa im Monat April zu Beginn der Fahrradsaison, findet der Vegesacker Fahrradfrühling statt. Zusammen mit dem ADFC, der Verkehrswacht Nord sowie einigen Fahrradhändlern aus Bremen-Nord wird eine Informationsveranstaltung auf dem Sedanplatz durchgeführt. Themen wie „Diebstahlschutz und richtige Sicherung von Fahrrädern“, aber auch das korrekte Verhalten als Fahrradfahrer im Straßenverkehr werden thematisiert. Zudem besteht die Möglichkeit, Fahrräder codieren zu lassen.

Bahnhof Bremen-Vegesack, Bahnhofsvorplatz und Grohner Düne

Die Bereiche um den Bahnhof Vegesack, der Vegesacker Bahnhofplatz und die Grohner Düne stellen einen Kriminalitätsbrennpunkt dar. Ein besonderer Fokus liegt hier auf Betäubungsmittelkriminalität und Hehlerei.

Im Jahr 2019 wurden im Umfeld der Grohner Düne sowie des Bahnhofes Vegesack 88 Schwerpunktmaßnahmen durchgeführt. Hierzu zählen neben den oben genannten Gaststätten- und Personenkontrollen zum Beispiel auch Fahrradkontrollen im Umfeld der Grohner Düne, die Kontrolle von Transporten hinsichtlich des Transportes von Hehlerware als auch die Gewährleistung des friedlichen Ablaufes diverser Veranstaltungen im Kulturbahnhof (KuBa).

Der Vegesacker Bahnhofplatz ist Bestandteil des Konzeptes über Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten Bremens. Die Bilder der dort

installierten Kameras werden direkt in die Videoleitstelle im Polizeipräsidium übermittelt. So ist es möglich, drohende Gefahren zu erkennen und Straftaten beweissicher zu verfolgen.

Für die Grohner Düne wurde in Abstimmungsgesprächen zwischen dem Senator für Inneres und der Grand City Property Ltd. ein Sicherheitskonzept erstellt, das Aspekte wie Videoaufzeichnungen, Sicherheitsdienst, Leerstände, Kellerunordnung, Beleuchtung, Grünschnitt und Hausmeisterservice zur Erhöhung der Wohnzufriedenheit und Sicherheit innerhalb der Wohnanlage berücksichtigt und in regelmäßigen Abständen hinsichtlich des aktuellen Sachstands überprüft wird. Das Sicherheitskonzept ist Teil des Integrierten Entwicklungskonzeptes IEK Grohner Düne.

Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und Flüchtlinge im Lande Bremen, Lindenstraße 110

In der ehemaligen Konzernzentrale der Vulkanwerft in der Lindenstraße 110 befindet sich seit dem Jahr 2016 die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und Flüchtlinge im Lande Bremen (ZAST). Unter einem Dach sind hier unter anderem die Notunterkunft für Flüchtlinge, das Bundesamt für Migration und die Zentrale Erstaufnahmestelle untergebracht. Das PK Nord unterstützte bereits bei beziehungsweise in der Aufbauphase der ZAST. Der zuständige KOP betreibt aktiv eine Netzwerkpflge zur Einrichtungsleitung und begleitet interne Planungsmaßnahmen engmaschig. Die Vernetzung zwischen dem KOP und der Einrichtungsleitung ist als sehr gut einzustufen. Vor-Ort-Termine werden durch den zuständigen KOP in regelmäßigen Abständen wahrgenommen. Ein neues, optimiertes Sicherheitskonzept befindet sich in der Planung; die Möglichkeiten der Installation einer Videoüberwachung werden überprüft. Weiterhin konnte erreicht werden, dass ein Raum in der ZAST speziell für polizeiliche Angelegenheiten eingerichtet wurde. Weiterhin wurde durch die Polizei Bremen das Konzept für eine bessere Außenbeleuchtung des Geländes begleitet. Es konnte erreicht werden, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sicherheitsunternehmens vor Ort ab Juli 2019 einmal wöchentlich durch eine Psychologin im Bereich Deeskalationstraining geschult werden. Im Zuge dessen wurden zusammen mit Vertretern der ZAST und des PK Nord die Abläufe bei Soforteinsätzen der Polizei besprochen und optimiert. Im November 2019 fand zudem eine Übung der Diensthundeführer auf dem Gelände und den Kellerräumen der ZAST statt. Es wurden lediglich drei kleine Plastiktütchen aufgefunden, bei denen es sich eventuell um Verpackungsmaterial für Betäubungsmittel gehandelt hat.

Schule „Am Wasser“ in Grohn

Nach der Benennung von Problemen an der Schule „Am Wasser“ durch die Schulleitung gegenüber dem Senator für Inneres wurden im Jahr 2018 zeitnah diverse Maßnahmen durch den damaligen KOP und den Revierleiter initiiert. Es wurde an die Schulleitung herantreten und sowohl die gefühlte als auch tatsächliche Sicherheitslage an der Schule besprochen. Zudem wurde die Lehrerschaft durch den zuständigen KOP hinsichtlich ihrer Verhaltensmöglichkeiten sensibilisiert. Ein Sicherheitstraining unter polizeilicher Begleitung fand statt. Im Jahr 2019 besteht außer einer Farbschmiererei im Februar keine erneute Beschwerdelage von dort. Nach der oben genannten Neubesetzung der KOP-Stelle wurde die Schulleitung umgehend kontaktiert. Aktuell gibt es Anzeichen dafür, dass der Schulhof außerhalb der Schulzeit wieder von Jugendlichen als Treffpunkt genutzt wird. Absprachegemäß bleibt das Tor zum Schulhof offen, um eine Bestreifung des Schulhofes für uniformierte Kräfte der Polizei zu ermöglichen. Die Kräfte des PK Nord wurden dahingehend sensibilisiert. Für die Unterrichtszeit ist inzwischen der kontrollierte Zugang in das Gebäude eingeführt worden.

Weitere (Sicherheits-)Probleme an den anderen Schulen in Bremen-Nord sind nicht bekannt. An allen Schulen werden lageangepasste Verkehrskontrollen durchgeführt, um auftretende Verkehrsverstöße (zum Beispiel Parkverstöße im Zusammenhang mit den sogenannten „Elterntaxis“) zu ahnden.

3. Kindertagesstätten

(ISEK Nummer 5.4.4.; zuständiges Ressort: SKB)

Im Stadtteil Vegesack wurden beziehungsweise werden folgende Kita-Neubauprojekte umgesetzt:

Fertiggestellt:

- Villa am Löh, eröffnet August 2016
- Ulrichs Helgen, eröffnet Oktober 2018
- Dependance Kinderhaus Emma/Grohner Bergstraße, eröffnet August 2018

In Planung/Umsetzung:

- Friedrich-Humbert-Straße (2020)
- Haven Höövdt (2020)
- Dobbheide (2021)
- Alte Hafensstraße (2021)
- Fährer Flur (2022)
- Hammersbeck (2023).

4. Schulen

(ISEK Nummer 5.4.4.1; zuständiges Ressort: SKB)

Die Schulstandortplanung aus November 2018 sieht für Vegesack vor, die schulischen Kapazitäten insgesamt um 142 Plätze im Grundschulbereich sowie um 144 Plätze im Sekundarbereich I auszubauen. Alle Grund- und Oberschulen sollen zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Außerdem soll ein zusätzlicher Verbund aus einer Grundschule und einer Oberschule zur inklusiven Beschulung im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung etabliert werden.

Schule Alt-Aumund	Ausbau der bislang zweieinhalbzügigen zu einer dreizügigen Grundschule; Ausbau der Ganztagschule
Schule Am Wasser	Ausbau zur Ganztagschule
Schule Borchshöhe	Ausbau der bislang zweizügigen zu einer dreizügigen Grundschule; Einrichtung eines Klassenzugs für die inklusive Beschulung im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung im Verbund mit dem Beschulungsangebot an der Oberschule an der Lerchenstraße
Schule Fährer Flur	Ausbau zur Ganztagschule; Einrichtung eines Klassenzugs für die inklusive Beschulung im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung im Verbund mit dem Beschulungsangebot an der Oberschule an der Lerchenstraße

Schule Hammersbeck	Ausbau zur Ganztagschule
Schule Schönebeck	Ausbau zur Ganztagschule
Oberschule an der Lerchenstraße	Ausbau der bislang fünfzügigen zu einer sechszügigen Oberschule; Ausbau zur Ganztagschule; Einrichtung eines Klassenzugs für die inklusive Beschulung im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung im Verbund mit dem Beschulungsangebot an der Schule Borchshöhe
Oberschule Borchshöhe	Neugründung einer dreizügigen Oberschule im teilgebundenen Ganztags; Einrichtung eines Klassenzugs für die inklusive Beschulung im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung im Verbund mit dem Beschulungsangebot an der Schule Borchshöhe

Der Ausbau der Schule Alt-Aumund wurde bereits begonnen. Das Gesamtprojekt Oberschule an der Lerchenstraße/Schule Borchshöhe wurde in das erste Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Schulstandortplanung aufgenommen.

5. Begegnungsstätten

(ISEK Nummer 5.4.5.; zuständiges Ressort: SJIS)

Im Stadtteil Vegesack befindet sich seit Beginn 2020 nur noch ein geförderter Begegnungsort für ältere Menschen: im Senioren-Kreativ-Treff im Bürgerhaus Gustav Heinemann. Das Seniorenzentrum Aumund musste Ende 2019 schließen. Um den betroffenen älteren Menschen in Aumund ein Angebot machen zu können, beabsichtigen die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und das Bürgerhaus, den bisherigen Senioren-Kreativ-Treff zu einem Seniorenzentrum auszuweiten, die Angebote in Aumund sollen hierhin verlagert werden.

6. Bahnhofplatz Vegesack

(zuständiges Ressort: SKUMS)

Hier geht es um die ASV-seitig zugesagte notwendige Unterstützung einer freiraumplanerischen und verkehrlichen Neuordnung in den kommenden Jahren. Neben der Verbesserung von Leichtigkeit (Barrierefreiheit, Wetterschutz) und Sicherheit in den SPNV/ÖPNV-Umsteigerrelationen Bus/Bahn ist der gesamte Platz als Ankunftsort für Vegesack/Bremen-Nord in seiner Aufenthaltsqualität, funktionalen Ausstattung und vielfach als defizitär empfundenen Sicherheitslage planerisch zu untersuchen und zu optimieren.

Verkehrlich ist diese Maßnahme, die unter Umständen auch eine Teilbebauung möglich erscheinen lässt, mit der bereits laufenden Abstimmung der verkehrlichen notwendigen Veränderungen im Zuge der Entwicklung des Stadtquartiers am Alten Speicher verbunden.

Der Bahnhofplatz ist Teil eines Stadtumbaugebietes und wird mit Mitteln der Städtebauförderung gefördert.

Die Wirtschaftsförderung Bremen erstellt aktuell für das Sondervermögen Gewerbe ein Konzept zur weiteren Nutzung des Bahnhofsgebäudes.

7. Fahrradpremiumroute

(ISEK Nummer 5.4.3.1.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Das Bauamt Bremen-Nord hat eine alternative Führung entlang des Vegesacker Hafens vorgeschlagen, die im BP 1218 gesichert werden soll.

8. IEK Grohn

(ISEK Nummer 5.4.3.3.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Die SKUMS obliegenden Baumaßnahmen sind in der Umsetzung (Spielplatz/Grünanlage OASE) beziehungsweise abgeschlossen (Querungshilfe Friedrich-Klippert-Straße). Die Rahmenplanung zum Bahnhofsumfeld Vegesack befindet sich seit November 2018 im Entstehungsprozess. Auf den Bericht der Verwaltung in der städtischen Deputation vom 13. Februar 2020 (VL 20/858) wird verwiesen. Das IEK wird in Abstimmung mit allen beteiligten Ressorts derzeit fortgeschrieben.

9. WiN: Grohn

(ISEK Nummer 5.4.3.3.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Grohn als eines von fünf Gebieten mit einer Basisfördersumme von 50 Prozent:

In Grohn soll keine Änderung am bisherigen Status vorgenommen werden. Wie auch im Schweizer Viertel und in Gröpelingen werden in diesen drei Gebieten derzeit umfangreichere Stadterneuerungsprozesse im Rahmen von Integrierten Entwicklungskonzepten (IEK, siehe oben) umgesetzt, so dass der Einsatz von WiN als flankierendes Programm weiterhin mit gleicher Intensität gewährleistet werden sollte.

10. Hochwasserschutz Vegesack

(ISEK Nummer 5.4.1.1.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2020/2021 sind zur planerischen Weiterentwicklung eines stadtbildverträglichen Hochwasserschutzes rund um den Vegesacker Museumshafen jährlich 200 000 Euro im Eckwert des Ressorts vorgesehen.

Damit sollen im Kontext des 400-jährigen Hafengeburtstags, der Entwicklung des Hafenquartiers am Alten Speicher und der Umsetzung des Generalplans Küstenschutz eine entsprechende Gestaltung der Deichlinie und ihres Umfeldes planerisch entwickelt und abgestimmt werden.

11. Norddeutsche Steingut

(ISEK Nummer 5.4.1.1.; zuständiges Ressort: SWAE)

Das Gelände der Norddeutschen Steingut AG in Vegesack-Grohn ist im aktuellen Flächennutzungsplan der Freien Hansestadt Bremen als Weißfläche dargestellt, da im Rahmen der Gesamtfortschreibung 2015 die zukünftige Entwicklung dieser Fläche noch nicht geklärt war.

Das Unternehmen trat im Herbst 2016 über die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa an die Stadt Bremen heran und trug den Wunsch nach einer Erörterung der zukünftigen Standortentwicklungsmöglichkeiten vor.

Gemeinsam mit dem Unternehmen, dem Bauamt Bremen-Nord und der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa wurde das circa 10 ha große Areal im Rahmen einer Machbarkeitsstudie in seiner Lagegunst und den Entwicklungsmöglichkeiten untersucht. Die Rahmenplanung wurde noch nicht abgeschlossen.

Die Norddeutsche Steingut AG befasst sich weiterhin mit der Entwicklung des Grundstückes und prüft hier ergebnisoffen verschiedene Ansätze. Diese können gegebenenfalls eine Verlagerung der wirtschaftlichen Aktivitäten zur Folge haben.

12. Jacobs Uni

(ISEK Nummer 5.4.2.2.; zuständige Ressorts: SWAE, SKUMS, Sport, SWH)

Der „Runde Tisch Oeversberg“ hat nachfolgendes Ergebnis erzielt:

- Die JUB wird sich in Richtung Norden/Science Park orientieren.
- Die JUB erklärt dauerhaft den Verzicht auf die Westhälfte des Oeversbergs.
- Die Konzentration der Sportanlagen auf der Westfläche des Oeversbergs ist zu prüfen.

Auf dieser Basis arbeiten die Ressorts Bau, Sport und Wirtschaft gemeinsam mit der JUB an einer dauerhaften Lösung für den Sport und die JUB. Die betroffenen städtischen Grundstücke werden von der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa beziehungsweise der WFB verwaltet. Der Planungsprozess wird federführend durch das Bauamt Bremen-Nord gesteuert. Die Inhaltliche Ausgestaltung in Bezug auf die sportlichen Belange obliegt der Senatorin für Sport. Bezüglich der Auswirkung der Planung auf die JUB ist die Senatorin für Wissenschaft und Häfen eingebunden.

Der Senat hält grundsätzlich weiterhin an der Umsetzung der Ergebnisse des „Runden Tisch Oeversberg“ und damit an einem Verbleib der Sportanlagen in gegebenenfalls konzentrierter Form auf dem Oeversberg fest. Aktuell werden die formalen Rahmenbedingungen hierfür (Finanzierung, Grundstücksgeschäfte, Planungen) konkretisiert.

13. Maritime Meile

(ISEK Nummer 5.4.3.1.; zuständiges Ressort: WAE)

Neben den allgemeinen Maßnahmen des Citymarketings und –managements liegt ein besonderer Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung der Maritimen Meile in Vegesack. Auch hier erhält VM im Jahr 2020 zur Durchführung von Werbemaßnahmen und -veranstaltungen Zuwendungen in Höhe von 20 000 Euro.

Darüber hinaus hat SWAE in den vergangenen Jahren mit der Förderung der Gezeitenstation (rund 55 000 Euro) sowie des Vegesacker Geschichtenhauses (rund 50 000 Euro) und der Erweiterung des freien WLAN Zugangs speziell an der Maritimen Meile immer wieder Projekte zur Stärkung Vegesacks unterstützt.

Die Finanzierung der Werbemaßnahmen für die Maritime Meile durch VM ist aktuell für das Jahr 2020 durch die erforderlichen Beschlüsse des Senats, der Deputation sowie des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses abgesichert. Für die Folgejahre müssen die Mittel jedoch noch eingeworben werden, sind aber Bestandteil der Haushaltsberatungen.

14. Arbeit

(ISEK Nummer 5.4.1; zuständiges Ressort: SWAE)

Bezeichnung:

„Dünenweg – Begegnungsstätte für arbeitslose Frauen aus der Grohner Düne und Bremen-Nord“

Beschreibung:

Das Projekt unterstützt und aktiviert erwerbslose Frauen aus Bremen-Nord und insbesondere Bewohnerinnen der Wohnanlage „Grohner Düne“ bei der Integration in den Arbeitsmarkt und in ihrer Teilhabe an der Gesellschaft. Das Projekt wendet sich mit verschiedenen flexiblen Angeboten besonders an migrantische Frauen. Es bietet unter anderem Beratungen und Workshops zum Leben in Deutschland sowie Kinderbetreuung und informiert über diverse Angebote.

Stand:

Das Projekt ist im Juli 2019 mit einer Laufzeit von drei Jahren gestartet. Obwohl die Projekträume erst seit November 2019 zur Verfügung stehen, wurden im ersten halben Jahr bereits über 200 Einzelberatungen durchgeführt, da der Beratungsbedarf sehr hoch ist. Sehr unterstützend ist hierbei, dass für die Beratungen auch eine Sprachmittlerin mit sehr guten arabischen Sprachkenntnissen zur Verfügung steht.

An den wöchentlichen „Themenrunden“ und den Manufaktur-Workshops nehmen im Schnitt rund zehn bis zwölf Frauen teil. Auch die Kinderbetreuung, die im Rahmen des Projektes angeboten wird, wird sehr stark nachgefragt. Weitere Angebote im Rahmen des Projektes sind bereits geplant (Workshops zu Arbeitsmarktintegration, Bildungs- und Gesundheitssystem, Ökonomie und Ökologie, Kinder, Kultur).

Finanzierung:

Das Projekt wird aus ESF-Mitteln finanziert und ist daher nicht Teil der Haushaltsverhandlungen.

IV. Burglesum

1. Kindertagesstätten

(ISEK Nummer 5.5.3; zuständiges Ressort: SKB)

Im Stadtteil Burglesum werden beziehungsweise wurden folgende Kita-Neubauprojekte umgesetzt:

In Planung/Umsetzung:

- Helsinkistraße (2020)
- Lesumpark zweigruppig (2020)
- Grambker Heerstraße (2020)
- Lesumpark sechsgruppig (2021)
- Hindenburgstraße (2021/22)
- Burgdammer Straße (2022)
- Am Heidbergstift (in Planung).

2. Schulen

(ISEK Nummer 5.5.3.1.; zuständiges Ressort: SKB)

Die Schulstandortplanung aus November 2018 sieht für Burglesum vor, die schulischen Kapazitäten insgesamt um 322 Plätze im Grundschulbereich sowie um 420 Plätze im Sekundarbereich I auszubauen. Alle Grund- und Oberschulen sollen zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Außerdem soll ein Verbund aus einer Grundschule und einer Oberschule zur inklusiven Beschulung im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung etabliert werden.

Schule Am Mönchshof	Reduzierung der Zügigkeit zur Entlastung der Schule; Ausbau zur Ganztagschule
Schule Burgdamm	Ausbau der bislang zweieinhalbzügigen zu einer dreizügigen Grundschule; Ausbau der Ganztagschule
Schule an der Landskronastraße	Ausbau der bislang zweieinhalbzügigen zu einer dreizügigen Grundschule; Ausbau zur Ganztagschule
Schule Am Heisterbusch	Nachnutzung des Schulgebäudes Am Heisterbusch durch eine dreizügige Grundschule;

	Einrichtung eines Klassenzugs für die inklusive Beschulung im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung im Verbund mit dem Beschulungsangebot an der Oberschule Lesum
Schule St. Magnus	Ausbau zur Ganztagschule
Paul-Goldschmidt-Schule	Abschluss der Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen
Oberschule Lesum	Ausbau der bislang vierzügigen zu einer sechszügigen Oberschule; Ausbau zur Ganztagschule; Einrichtung eines Klassenzugs für die inklusive Beschulung im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung im Verbund mit dem Beschulungsangebot an der Schule Am Heisterbusch

Der Ausbau der Schule Burgdamm und der Schule an der Landskronastraße wurde bereits begonnen. Die Einrichtung einer neuen Schule Am Heisterbusch ist Teil der Gesamtmaßnahme Oberschule Lesum. Die Oberschule Lesum soll am Standort Steinkamp zusammengezogen und zur sechszügigen Ganztagschule erweitert werden. Das Gesamtprojekt Oberschule Lesum/Schule Am Heisterbusch wurde in das erste Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Schulstandortplanung aufgenommen.

3. WiN: Marbel

(Zuständiges Ressort: SKUMS)

Laut vorliegendem, aber noch nicht beschlossenen weiteren Vorgehen mit dem Programm WiN wird folgendes für Marbel vorgeschlagen:

Marbel als eines von fünf Gebieten mit einer Basisfördersumme von 50 Prozent

In Marbel wurde zuletzt eine flankierende WiN-Förderung mit einem Gebietsbudget in Höhe von 20 000 Euro und einem „reduzierten Quartiersmanagement“ umgesetzt. Angesichts des oben skizzierten Umstandes, dass hier jeweils zwei statistische Quartiere mit einem jeweils sehr niedrigen Index in einer für WiN relevanten Größenordnung identifiziert wurden, ist die Übernahme dieses Gebiets in eine aktive WiN-Förderung mit einer Basisfördersumme von 50 Prozent und einer Aufstockung beziehungsweise Wiederaufnahme der Quartiersmanagements angezeigt.

4. Arbeit

(ISEK Nr. 5.5.1; zuständiges Ressort: SWAE)

Bezeichnung:

Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden (VIA)

Beschreibung:

Das Projekt bietet Beratung und Unterstützung für Alleinerziehende auf ihrem Weg in existenzsichernde Beschäftigung. Neben dem Standort in Lesum gibt es einen weiteren Standort in Bremen-Ost. Ziel ist es, Alleinerziehende über eine auskömmliche Tätigkeit nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wobei sich das Projekt an alle alleinerziehenden Mütter ohne kulturelle, religiöse beziehungsweise soziökonomische Eingrenzung sowie Anzahl und Alter der Kinder richtet.

Stand:

Von den 149 Teilnehmenden, mit denen Erstgespräche geführt wurden, haben sich 82 für einen längerfristigen Verbleib im Projekt entschieden. Seit Projektbeginn wurden 27 Teilnehmende in eine Ausbildung oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt und 28 weitere Teilnehmende in andere Maßnahmen wie Qualifizierungen, Sprachkurse, Minijobs oder berufsorientierende Maßnahmen vermittelt.

Finanzierung:

Das Projekt wird aus ESF-Mitteln finanziert und ist daher nicht Teil der Haushaltsverhandlungen.

5. Maßnahmen der Polizei

(Zuständiges Ressort: SI)

Im Stadtteil Burglesum befindet sich das Polizeirevier Lesum, welches durchgehend geöffnet hat. Dem Polizeirevier Lesum sind im Stadtteil weiterhin die Außenposten Grambke und Marßel angegliedert. Stadtteilintern wird der Bahnhof Burg aufgrund einer weiterhin ansässigen Drogenszene sowie der Bereich um den Helsingborger Platz in Marßel aufgrund der dort ansässigen Lokale und Bars polizeilich besonders betrachtet. Neben Polizeieinsätzen ist auch die enge Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ein wichtiger Faktor an dieser Stelle die Lage vor Ort zu bewerten.

Sicherheit und konkrete Maßnahmen

Um dem allgemeinen Phänomen der Einbruchskriminalität entgegenzuwirken, wurden im Jahr 2019 im Stadtteil Lesum 171 Schwerpunktmaßnahmen durchgeführt. Durch offene sowie verdeckte (zivile) Streifenfahrten im Zusammenhang mit gezielten Personenkontrollen und kurzfristigen Observationsmaßnahmen konnten verdächtige und tatrelevante Personen identifiziert und kontrolliert werden. Auch aufgrund einer temporären Häufung von Einbruchsdelikten im Bereich Lesum/St. Magnus wurde zudem das temporäre Schwerpunktteam Nord gegründet, um diesem Phänomen entgegenzuwirken. Der örtliche Zuständigkeitsbereich dieses Teams umfasst den gesamten Zuständigkeitsbereich der regionalen Abteilung Nord-West.

Durch die KOP in Bremen-Lesum finden zudem regelmäßige Zusammenkünfte mit Anwohnern, dem Ortsamt und den Wohnungsbaugesellschaften statt, um vorherrschende Probleme zu lösen. Aktive Netzwerkarbeit betreiben die KOP in Lesum mit der Interessengemeinschaft der Einzelhändler in Lesum (kurz: „IGEL“). Hier finden turnusmäßige Treffen statt.

Bahnhof Burg

Am Bahnhof Burg wurden im Jahr 2019 insgesamt 29 Schwerpunktmaßnahmen, unter anderem in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei Bremen, der DB Sicherheit und dem Ordnungsamt Bremen zur Bekämpfung der dort ansässigen Drogenszene und auch zur Beseitigung von Ordnungsstörungen und Unordnung durchgeführt. Diese Maßnahmen waren durch proaktive, offene Personenkontrollen und -durchsuchungen im Bereich um den Bahnhof gekennzeichnet. Weiterhin finden regelmäßige Ortsbegehungen mit der BSAG, der Deutschen Bahn, BrePark und dem Ortsamt Burglesum statt, um eine fortlaufende Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes im Bereich Bahnhof Burg zu bewirken. Die Sicherheitslage im Bereich Bahnhof Burg kann als ruhig bezeichnet werden. Die zuständigen Kontaktpolizisten führen in unregelmäßigen Abständen, jedoch mindestens wöchentlich, Präsenzstreifen und lageabhängige Personenkontrollen im Umfeld der dort ansässigen Drogensubstitutionsstelle durch. Zudem befinden sich die KOP mit den ansässigen Betrieben im ständigen Austausch, um auf eventuell auftretende Phänomene, wie zum Beispiel ein gesteigertes Personenaufkommen in der Drogenszene, unmittelbar reagieren zu können.

Um die Sicherheit im Stadtteil weiter zu verbessern, wurden die ansässigen Unternehmen durch die KOP hinsichtlich eines verantwortungsbewussten Verkaufes von alkoholischen Getränken an bereits alkoholisierte Personen sensibilisiert.

In Burglesum ist eine Drogensubstitutionsstelle ansässig. Das PK Nord ist zusammen mit dieser und dem Ortsamt Burglesum in der Projektgruppe „Kreativwerkstatt“ vertreten. In der Regel finden monatliche Treffen statt, um bereits im Vorfeld auf mögliches Fehlverhalten der Patientinnen und Patienten der Drogensubstitutionsstelle im Umkreis des Bahnhofes Burg einwirken zu können. Die örtlich zuständigen KOP befinden sich im regelmäßigen Informationsaustausch mit der Praxis. Diese Netzwerkarbeit hat sich in den letzten Jahren bewährt.

Helsingborger Platz

Im Umfeld des Helsingborger Platzes wurden drei gezielte Schwerpunktmaßnahmen durchgeführt. Besonders im Fokus standen hierbei die ortsansässigen Lokale. Die gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen der Gaststättenkontrollen wurden an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa übermittelt.

6. Gewerbegebiet Steindamm

(ISEK Nummer 5.5.1.1.; zuständiges Ressort: SWAE)

Ziel: Erweiterungsoptionen nutzen und städtebauliche Aufwertung

Das Gewerbegebiet Steindamm in Burgdamm, das östlich und südlich der Bahnstrecke sowie nördlich der Lesum liegt, entstand ursprünglich an einer aufgeschütteten Wegeverbindung zwischen den Stadtteilen Burg und Marbel und gilt als eines der besonders attraktiv gelegenen Gewerbegebiete für kleine und mittlere Betriebe im Bremer Norden. Direkt an der Lesum und nahe zu den Autobahnen A27, A270 und A281 gelegen bietet das Gewerbegebiet Steindamm auf einer Gesamtfläche von 19,7 Hektar einen Branchenmix aus Handwerk, Metallverarbeitung, Logistik und Dienstleistung. Die schnelle Erreichbarkeit über Autobahn und Schiene (Bahnhof Bremen-Burg) macht das Gebiet besonders attraktiv.

Um weitere Unternehmensansiedlungen sowie Wertschöpfung und Beschäftigung zu ermöglichen, sollten diese Standortvorteile genutzt und ausgebaut werden. Die bereits vorgesehenen Ausbauflächen von zwei Hektar sollen zeitnah marktgängig erschlossen werden. Aktuell wird der erforderliche Flächenankauf zur Entwicklung der vorgesehenen circa 2 ha großen Ausbaufläche vorbereitet.

7. Bremer Industrie-Park

(ISEK Nummer 5.5.1.2.; zuständiges Ressort: SWAE)

Die Flächennachfrage im Bremer Industrie-Park hat deutlich zugenommen, so dass aktuell nur eingeschränkt großflächige Ansiedlungen möglich sind. Vor diesem Hintergrund wurde mit der Erschließung der etwa 25 ha großen Nettogewerbeflächen der 5. Baustufe begonnen, der allerdings aktuell aufgrund der vorliegenden Reservierungen auch über keine freien, verfügbaren Vermarktungsflächen verfügt.

Durch den nunmehr absehbaren Ringschluss der BAB A 281 ist ferner grundsätzlich für die Zukunft eine positive Flächennachfrage zu erwarten. Vor diesem Hintergrund wird bereits jetzt mit den Planungen zur abschnittswisen Entwicklung der im Gewerbeentwicklungsprogramm Bremen 2020 aufgezeigten Optionsflächen (6. Baustufe) begonnen.

Der weitere Betrieb von Windenergieanlagen ist in enger Abstimmung mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und

Wohnungsbau zu prüfen. Wesentliche Voraussetzung hierbei ist allerdings, dass keine gewerblichen Nutzungskonflikte oder -einschränkungen hierdurch entstehen werden.

Aktuell wird zudem eine Teilfläche des 4. Bauabschnittes für kleinteiliges Gewerbe qualifiziert. Durch die Errichtung einer internen Erschließung und Anpassungen am Entwässerungssystem können hiermit sieben Baufelder mit einer Flächenausdehnung zwischen 1 300 m² und 2 500 m², das heißt insgesamt rund 12 250 m² gewonnen werden. Die Flächennachfrage nach diesen Gewerbeflächen ist sehr groß. Für diese Baufelder liegen bereits Kaufverträge beziehungsweise Reservierungen vor.

8. LKW-Führung Burglesum, Wohn- und Verkehrskonzept

(ISEK Nummer 5.5.1.3.; zuständiges Ressort: SKUMS)

Bremerhavener Heerstraßenzug

Seit langer Zeit bestehen Erwartungen hinsichtlich einer verkehrlichen Beruhigung und städtebaulichen Aufwertung des Heerstraßenzuges in Burglesum (Grambke, Burg, Burgdamm) nach Vorbild des Bremer Westens.

Bekannt ist die Unverzichtbarkeit des Heerstraßenzuges im LKW-Führungsnetz. Bemängelt wird aber immer wieder der als vermeidbar angesehene Mautausweichverkehr. Insofern wäre eine Aussage über die Möglichkeit einer konsequenteren, bedarfsabhängigen Steuerung/Öffnung dieser Ausweichroute wünschenswert.

P+R Entwicklung

Hier besteht laut Bauamt Bremen-Nord noch Klärungsbedarf bezüglich eines verkehrlich sinnvollen Ausbaubedarfs im Sinne der Attraktivierung der Schienenverbindungen. Wiederholt gefordert war eine Ausweitung des Angebots am Bahnhof Burg. Zu klären wäre auch die Schaffung eines Parkhauses im Bereich P+R Bahnhof Schönebeck im Rahmen der Nordentwicklung der Jacobs University.

Carsharing-Entwicklung

Das Angebot ist derzeit aus Sicht von Ortspolitik und Öffentlichkeit unattraktiv. Das Bauamt Bremen-Nord versucht im Rahmen von Mobilitätskonzepten bei größeren Vorhaben (Lesumpark, Hafenquartier, Cranzer Straße) die Schaffung von zusätzlichen Car-Sharing-Standorten zu erreichen.

Entwicklung Stellplatzsatzung

Der Beirat Burglesum forderte zuletzt auf Druck von Altanliegern in St. Magnus eine wiederholt zu erwartende Erhöhung der Pflichtstellplätze pro Wohneinheit auf 2 im Rahmen von Neubaugebieten.

Das Bauamt Bremen-Nord hatte hierzu mit der Bitte um eine Ausdifferenzierung des Zonenmodells (0 bis 2 Stellplätze, je nach Lage) geantwortet.

5. **Inwiefern und wann werden diese Maßnahmen mit den zuständigen Deputationen und Ausschüssen abgestimmt.**

Alle zur Umsetzung anstehenden Maßnahmen werden den zuständigen Deputationen je nach Umsetzungsstand rechtzeitig zur Abstimmung vorgelegt.

6. **Inwiefern stehen für einzelne Maßnahmen Bundesmittel zur Verfügung?**

Sofern das jetzt schon feststeht beziehungsweise abzusehen ist, ist es den einzelnen Maßnahmen zugeordnet aufgeführt.

7. **Inwiefern und wann wird es eine Vorstellung der Maßnahmenplanung in den zuständigen Beiräten, der Stadtbürgerschaft und dem Senat erfolgen?**

Eine Befassung der Beiräte ist diesen in Aussicht gestellt und soll erfolgen. Der genaue Zeitpunkt ist noch nicht absehbar. Der Senat hat um einen entsprechenden Bericht gebeten, der auch gegeben werden wird. Auch da ist der Zeitpunkt noch nicht absehbar. Eine gesonderte Befassung der Stadtbürgerschaft ist bislang nicht vorgesehen.

8. Inwiefern gibt es beschlossene Maßnahmen, die noch nicht in die Maßnahmenplanung einzelner Ressorts mit aufgenommen wurden (bitte ausführlich begründen, was die Gründe für diese Entscheidung sind)?

Bis auf einige wenige Verkehrsprojekte, die wie oben dargestellt unter Punkt I. 13. zunächst zurückgestellt wurden, haben die im ISEK aufgeführten Vorschläge Eingang gefunden in die Maßnahmenplanungen der Ressorts.